

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Der wirtschaftspolitische Standort der Gegenwart

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1958) : Der wirtschaftspolitische Standort der Gegenwart, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 38, Iss. 10, pp. 541-558

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132701>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der wirtschaftspolitische Standort der Gegenwart

Ein Gespräch über die Beurteilung der wirtschaftlichen und politischen Weltlage
und das wirtschaftspolitische Instrumentarium

USA: Optimismus ist die beste Therapie

New York, den 3. 10. 1958

Es kann heute mit Recht als ein allgemeingültiges Axiom angesehen werden, daß wirtschaftliches Geschehen und wirtschaftspolitisches Denken in den USA einen dominierenden Einfluß auf den ökonomischen Trend der Länder der freien Welt ausüben. Diese Intensität internationaler Wirtschaftsverbundenheit spiegelt sich auch unmißverständlich in dem hohen Grad der weltpolitischen Verflechtung wider. Unter dem Gesichtspunkt dieses Phänomens wurden die konjunkturellen Störungen, die sich im ersten Halbjahr 1957 in den USA abzuzeichnen begannen, von der Mehrzahl der Nationen mit begründeter Besorgnis verfolgt. Andererseits verleiht die gegenwärtig fortschreitende Überwindung der Recession der westeuropäischen Konjunktur einen, wenn auch gedämpften Auftrieb.

Überwindung der Recession

Zu Beginn des vierten Jahresviertels 1958 führte eine objektive Betrachtung des amerikanischen Wirtschaftsverlaufs zu der Erkenntnis, daß zwar zahlreiche Unsicherheitsmomente ausgeschaltet werden konnten, daß aber das konjunkturpolitische Instrumentarium bis dato versagt hatte, eine vollständige Therapie zu entwickeln. Für den unvoreingenommenen Beobachter stellte die Argumentation der Wirtschaftsexperten über das Thema des Konjunkturaufschwungs ein schwieriges Dilemma dar. Weder die Kassandrarufer der Pessimisten noch der extravagante amt-

liche Wirtschaftsoptimismus erschienen akzeptabel. Es war als ein beruhigendes Symptom anzusehen, daß der industrielle Produktionsindex im August 1958 auf 137 (1947/49 = 100) anstieg, verglichen mit einem Recessionstiefstand von 126 im April des gleichen Jahres. Immerhin ist die Distanz zu dem Rekordhochstand von 147 im Dezember 1956 noch beträchtlich. Als ein weiteres Aktivum konnte die Zunahme der persönlichen Einkommen in der Zeitspanne August 1957 bis August 1958 um 4,5 Mrd. \$ auf 355,5 Mrd. \$ verbucht werden. Allerdings erscheint es problematisch, ob angesichts der hohen Erwerbslosigkeit die Gesamteinkommen der Arbeitnehmer in dem Maße angewachsen sind, wie es die Statistiken des Ministeriums vermuten ließen. Eine Aufwärtsentwicklung wäre wahrscheinlich nur bei erheblichen Lohnaufbesserungen möglich gewesen, während de facto durch die Mäßigungen der Gewerkschaften eine relative Lohnstabilität auf einem allerdings hohen Lohnniveau erzielt wurde. Der Konjunkturauftrieb wurde nicht zuletzt durch die Belebung im Wohnungsbau charakterisiert: in den ersten sechs Monaten 1958 erreichte der Wohnungsbau mit 1 170 000 Neubauten auf das Jahr gerechnet das Maximum seit Januar 1956.

Dämpfende Faktoren

Die wertmäßige Ausfuhrabschwächung von rund 20 % gegenüber dem Vorjahr, der ein vorerst geringfügiger Rückgang der Einfuhr-

werte folgte, stand als Merkmal einer noch immer vorhandenen Konjunkturverflachung auf der Passivseite des Wirtschaftsbildes. Das zweite Symptom einer fortbestehenden Flaute bildete die Tatsache, daß in vielen Industriesparten, vor allem im Schiffbau, in der Werkzeugmaschinen-, Papier-, Chemikalien- sowie in der Elektro- und Textilindustrie, der verringerte Auftragseingang aus dem In- und Ausland anhielt. Abgesehen von der Nichtausnutzung des bestehenden Produktionspotentials, die umfangreiche Erweiterungsinvestitionen in naher Zukunft ausschaltet, war das scharfe Absinken der Nettoerträge der Gesellschaften für eine Interpretierung der Wirtschaftsgestaltung von überragender Bedeutung. Infolge der Schrumpfung der Gewinnmargen lagen diese Erträge im ersten Halbjahr 1958 durchschnittlich um 30 bis 40 % niedriger als in der gleichen Berichtszeit des Vorjahres. Die optimistische Darstellung der Beschäftigungslosenziffern stimmte mit den konkreten Tatsachen kaum überein. Obwohl die Erwerbslosigkeit rein zahlenmäßig im August 1958 gegenüber dem Vormonat um 600 000 abgesunken war, stieg der prozentmäßige Anteil an der Beschäftigtenziffer auf 7,6 %.

Inflationsbekämpfung und Kreditpolitik

Der Frontwechsel des Federal Reserve Board, durch eine strikte Politik der Diskontsatzserhöhungen und Kreditrestriktionen die Eindämmung von Inflationstendenzen herbeizuführen, wird vielfach kritisch beurteilt, da hierdurch mög-

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

licherweise der Konjunkturaufschwung gehemmt werden könnte. Jedenfalls erweist sich der Aktienmarkt in Wall Street diesen Maßnahmen gegenüber nicht nur unempfindlich, sondern erblickt sogar in der Kreierung einer Inflationspsychose einen neuen Stimulus für die an sich schon hektische Spekulationstätigkeit. Im übrigen überschattet die Kalamität der notleidenden Staatsfinanzen die Besorgnis des Federal Reserve Board um die schleichende Inflationsgefahr und um den Primat der Aufrechterhaltung der Währungsstabilität. Angesichts der chaotischen Lage am Rentenmarkt wird das US-Schatzamt erheblichen Schwierigkeiten begegnen, die demnächst zur Deckung des budgetären Rekorddefizits von 12 Mrd. \$ erforderlich werdenden Staatsanleihen in Höhe von etwa 8 Mrd. \$ lang- oder kurzfristig am offenen Geldmarkt unterzubringen. Der Federal Reserve Board wird gegebenenfalls zögernd und nur bei Erhebung normaler Zinssätze eingreifen, da eine derartige Aktion a priori der Gesamtkonzeption dieses Geldinstitutes widerspricht. Wenn die Struktur der Staatsfinanzen nicht völlig in Unordnung geraten soll, wird die Verwaltung bald drastische Einsparungen vornehmen müssen.

Weltweite Verflechtung

In Verbindung mit den Problemen weltwirtschaftlicher Beziehungen bereitet das West-Ost-Verhältnis der Regierung in zweierlei Hinsicht die vornehmlichste Sorge. Nur widerstrebend wird durch Modifizierungen des „Battle Act“ den Empfehlungen der Pariser COCOM-Konferenz Folge geleistet, die Embargobestimmungen gegenüber dem Sowjetblock zu lockern. Weitaus schwieriger dürfte sich angesichts des notwendigen Abbaus der Haushaltsdefizite das Problem der Hilfeleistung an die Entwicklungsländer gestalten, eine Frage, die durch die Wirtschaftsoffensive der UdSSR in den Vordergrund gerückt ist. Obwohl der amerikanische Präsident neuerdings plant, den im Vorjahr im Rahmen des „Mutual Security Program“ etablierten „Development Loan Fund“ 1959 mit zusätzlichen Mitteln aufzustocken, wird voraussichtlich die künftige

Hilfeleistungspolitik darauf abgestellt werden, das Schwergewicht von der bisher einseitig amerikanischen Auslandshilfe auf eine weltweite Koordinierung zu verlegen. Hierbei sollen für die Planung der „International Development Association“ und der regionalen Entwicklungsbanken im Nahen Osten, in Lateinamerika und Südostasien umfangreiche Kapitalbeteiligungen westeuropäischer Industriestaaten sowie Kanadas und Japans herangezogen werden.

Durch den Preissturz strategischer Rohstoffe auf dem Weltmarkt ist der amerikanische Kupfer-, Zink- und Bleibergbau in fühlbare Schwierigkeiten geraten. Nach Ablehnung des Mineralstützungsprogrammes durch den Kongreß sah sich die Verwaltung widerstrebend zu protektionistischen Maßnahmen gezwungen, die den politischen Erwägungen des State Department diametral entgegengesetzt sind.

Die unsichere, aber im Hinblick auf die kommenden Kongreßwah-

len verständliche Haltung der amerikanischen Administration gegenüber den wirtschaftlichen Tagesproblemen wäre in den abgelaufenen Revisionsmonaten noch weit stärker in Erscheinung getreten, wenn nicht die USA von sich aus begonnen hätten, ihr wirtschaftliches Gleichgewicht wiederzufinden. Die zukünftige Gestaltung der Binnenkonjunktur und das Tempo der Erholung werden davon abhängen, welche Medizin dem amerikanischen Volk verabreicht wird. Gerade für ein Land wie die USA ist Optimismus die beste Therapie, während kontinuierlich pessimistische Prognosen zu Angstpsychosen und zu einem Depressionszustand führen können. Eine internationale Kooperation wirtschaftlicher Hilfeleistungen an solche Entwicklungsländer, die einen tatsächlichen Aufbauwillen bekunden, würde sich vor allem für die USA mit ihrem vielfältigen Produktionsapparat und dem fast unbegrenzten Erzeugungspotential günstig auswirken. (E. B.)

LATEINAMERIKA: Ein Kontinent ringt um seine Zukunft

Santiago de Chile, den 3. 10. 1958
Lateinamerika befindet sich an der Schwelle einer neuen Zeit. Aber der ausländische Besucher macht sich darüber meist ein falsches Bild. Er sieht Riesenstädte nordamerikanischen Formats wie Buenos Aires, Rio de Janeiro oder São Paulo, Großstädte europäischen Ausmaßes wie Montevideo, Santiago, Lima oder Caracas. Er sieht an diesen Brennpunkten, eng zusammengeballt, modernste Industrien, einen intensiven Verkehr mit neuzeitlichen Transportmitteln, er erlebt Kultureindrücke europäischen Gepräges — und er erfährt doch wenig von der Wirklichkeit.

Industrialisierungsbestrebungen

An der Spitze der Entwicklung stehen die sogenannten ABC-Staaten: Argentinien, Brasilien und Chile. In ihnen ist der Industrialisierungsprozeß am weitesten vorgeschritten. In Chile z. B. ist der Energieverbrauch pro Kopf der Bevölkerung am größten, die Zahl der Traktoren pro Hektar kultivierten Landes am höchsten. Auf weiten Gebieten der Konsumgüterin-

dustrie ist dieses Land, ebenso wie andere dieses Kontinents, bereits autark; aber immer noch ist fast ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, während die Industrie erst an dritter Stelle steht. Die Mechanisierung der Landwirtschaft ist stark im Rückstand. Die menschliche Arbeitskraft ist immer noch billiger als die Maschine, sie erhält nur sehr geringe Barlöhne. Die Folge ist geringe Kaufkraft großer Teile der Bevölkerung, also ein sehr beschränkter Markt für die Erzeugnisse der in den Hauptstädten konzentrierten Konsumgüterindustrien.

Die Eigentümer dieser Industrien sind sehr oft, wenn nicht fast immer, gleichzeitig Großgrundbesitzer. Sie betrachten auch den landwirtschaftlichen Besitz als Industrie, aus der man nur Gewinne herausziehen versucht. Durch Monokultur, Raubbau und nachfolgende Erosion verringert sich die landwirtschaftliche Nutzfläche ständig.

Dieser Wesensart entspricht auch die Einstellung des Lateinamerikaners gegenüber der Industrialisie-

rung. Sie interessiert ihn nur dann, wenn er dabei in kürzester Zeit sehr viel Geld verdienen kann. So wie er als Besitzer landwirtschaftlich nutzbaren Bodens nicht gewillt ist, die Gewinne großer Ernten oder die auf die bloße Tatsache des Eigentums hin gewährten Kredite in der Landwirtschaft selbst anzulegen, so will er — natürlich gibt es Ausnahmen — Industriegewinne vornehmlich dazu benutzen, um mehr Grund und Boden zu erwerben, der ihm wiederum als Kreditunterlage für neue Industrieunternehmen dient oder der eine erhöhte soziale Stellung verspricht, oder um eine Weltreise zu unternehmen, mehr Luxusautos zu kaufen, Miethäuser zu bauen, an der Börse zu spekulieren oder um Fluchtkapital in New York oder Zürich „sicherzustellen“.

Es herrscht also allgemein großer Mangel an nationalem Kapital, das in Landwirtschaft oder Industrie investiert werden könnte.

Konjunktorempfindlichkeit

Die südamerikanischen Länder sind außerordentlich konjunkturrempfindlich, Sie sind abhängig von Märkten, auf die sie selbst so gut wie keinen Einfluß haben. Dies sind die sogenannten Weltmärkte des Kaffees, Zuckers, Kupfers, Zinns, Weizens usw. Für viele dieser Länder bedeuteten politische Weltkrisen bisher Hochkonjunktur. Stabilität auf dem Gebiet der Weltpolitik ist für Chile gleichbedeutend mit Fall des Kupferpreises, für Venezuela mit Schwierigkeiten beim Erdölabsatz usw. Ein „friedlicher“ Wettbewerb der Sowjetunion auf dem Weltzinnmarkt dagegen bedeutet für Bolivien eine

vollständige Wirtschaftskrise. Die Ergebnisse ihrer Exportwirtschaft also hängen nicht so sehr von ihren internen Bemühungen als von fremden Einflüssen ab.

Umgekehrt sehen sie sich aber beim Import einer völlig unterschiedlichen Lage gegenüber. Auf diesem Gebiet ist es gleichgültig, ob in der großen Welt Friede oder Krieg, sei es auch nur der sogenannte kalte Krieg, herrschen. Die Preise der Güter, die die Entwicklungsländer importieren, seien es noch immer Konsumgüter oder bereits Kapitalgüter, steigen seit dem zweiten Weltkrieg ununterbrochen an. Die terms of trade verschlechtern sich, und damit ist die Importkraft dieser Länder im ständigen Absinken.

Entwicklungshilfen

Wirksame Entwicklungshilfen sollten daher von den industriell höher entwickelten Ländern nicht in der bisher üblichen Form gewährt werden. Die nordamerikanische Methode, mit Darlehen zu helfen, ist wenig erfolgreich: sie erhöht die Belastung des zwangsläufig beschränkten Devisenbestands der Entwicklungsländer durch immer größere Zins- und Amortisationsverpflichtungen in Dollars, die auf diese Weise der zukünftigen Industrialisierung entzogen werden. Man muß vielmehr den Entwicklungsländern neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Gerade Deutschland sollte dies, auf Grund seiner Nachkriegserfahrungen, am besten verstehen. Man wird hier die Methoden anderer westeuropäischer Länder, die im Wettbewerb stehen, z. B. Frankreichs und Italiens, ernst studieren müssen.

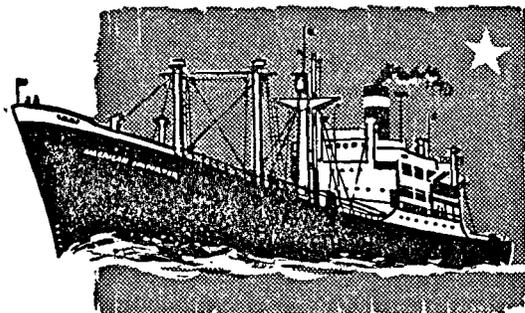
Noch niemals sind die Aussichten der deutschen Wirtschaft hierbei besser gewesen. Die trotz aller nach außen gezeigter Hilfsbereitschaft anscheinend doch immer zunehmende Isolationspolitik Nordamerikas — mag sie gewollt oder durch weltpolitische Ereignisse erzwungen sein — hat in ganz Lateinamerika eine zunehmende Abneigung gegenüber dem großen Nachbarn aus dem Norden erwachsen lassen, die weiterer Verschuldung durch neue Darlehen ablehnend gegenübersteht.

West-Ost-Verhältnis

Wenn die deutsche Wirtschaft diese große und vielleicht letzte Chance nicht endlich erkennt, so wird weder die Wirtschaft der anderen Länder Westeuropas noch die nordamerikanische oder gar die japanische den Vorteil davon haben. Es sind inzwischen neue Kräfte auf den Plan getreten, die bereits einen Einfluß gewonnen haben, von dem man sich anscheinend in Europa noch gar kein rechtes Bild zu machen vermag.

Mit einer Zähigkeit und Geduld, die nahezu religiös anmutet, dringt die Sowjetunion seit etwa 4 bis 5 Jahren in Südamerika ein und vor. Wie überall, wird die wirtschaftlich ungünstige Lage der breiten Massen ausgebeutet und alles getan, um diese Massen unzufrieden zu erhalten. Anti-Inflationsbestrebungen werden gestört, damit keine wirtschaftliche Ruhe eintreten soll; nationalistische Gefühle leicht erregbarer Völker werden angestachelt und ausgebeutet; kulturelle Beziehungen werden ausgebaut; Schlagworte politischer Natur werden mißbraucht.

Frachtschnelldienste nach den USA



NACH NEW YORK, BOSTON, PHILADELPHIA, BALTIMORE UND HAMPTON ROADS
WÖCHENTLICHE ABFAHRTEN VON HAMBURG, BREMEN UND BREMERHAVEN
WEITERE DIENSTE VON DEN BENELUX-HÄFEN, ENGLAND UND FRANKREICH
SOUTH ATLANTIC LINE NACH WILMINGTON, CHARLESTON, SAVANNAH,
JACKSONVILLE, MIAMI



HAMBURG,
BALLINDAMM 1, TEL. 3216 71
BREMEN,
BAHNHOFSTR. 28/31, TEL. 300811-17
BREMERHAVEN,
COLUMBUS-KAJE, TEL. 69 51

United States Lines

PHILIPP HOLZMANN

AKTIENGESELLSCHAFT / FRANKFURT (MAIN)



HOCHBAU · TIEFBAU · INDUSTRIEBAU
WASSERBAU · BRÜCKENBAU · SPANNBETON

Der nordamerikanische Vizepräsident Nixon war erstaunt, als er vor einigen Monaten überall in Lateinamerika von Angehörigen der sogenannten intellektuellen Kreise ausgepiffen und angegriffen wurde. Trotz des großen Apparates ihres diplomatischen Dienstes waren die Nordamerikaner offenbar genau so mangelhaft über diese lebenswichtigen Umstände unterrichtet, wie es viele westeuropäische Kreise noch heute sind. Noch immer besteht die Idee, daß der Bolschewismus seinen Hebel beim Industrie- und Landarbeiter ansetzt. Hat man eigentlich einmal überlegt, wen die Sowjets aus Südamerika nach Moskau einladen, um ihnen die Errungenschaften ihres Systems vorzuführen? Es sind Ärzte, Juristen, Architekten, Studenten, sogenannte Künstler, die einer solchen Ehre teilhaftig werden, aber so gut wie niemals ist wirklich ein Schlosser, Mechaniker, Landarbeiter aus einem südamerikanischen Land nach Moskau eingeladen worden.

Das wirtschaftliche und politische Problem dieses Erdteils ist zum großen Teil ein soziales Problem. Kaum irgendwo gibt es so krasse Gegensätze zwischen arm und reich — alt- oder neureich — wie in Südamerika. Und wohl nirgendwo ist diese Diskrepanz in den letzten 5 Jahren so gewachsen wie hier. Während in Westeuropa und anderen Teilen der westlichen Welt die „Klassenunterschiede“ in zunehmendem Tempo abgebaut werden und ein starke Nivellierung eingetreten ist, die z. B. in England, Oster-

reich und anderen Ländern beträchtliches Ausmaß gewonnen hat, hinken die Länder Südamerikas dieser Entwicklung nicht nur nach, sondern weisen vielfach diametrale Entwicklungszüge auf. Nicht nur zwischen Arbeiter einerseits, Kaufmann, Grundbesitzer und Industriellem andererseits ist die Kluft gewachsen, sondern, was vielleicht gefährlicher ist, der neue Mittelstand ist vielfach in einem erneuten Absinken begriffen.

Nicht nur entsteht hier ein für jeglichen radikalen politischen Einfluß empfängliches Akademikerproletariat, sondern auch der Beamte und Angestellte und mancher bescheidene kleine Gewerbetreibende sieht sich einem ständigen Sinken seines Lebensstandards gegenüber. Andererseits kennen das Streben nach Luxus, die Arroganz, die unmoralischen Geschäftsgewahren vieler Alt- und Neureichen keine Grenzen mehr.

Und die UdSSR weiß nur zu gut, dies auszunutzen. Seit einiger Zeit gibt es in Südamerika Kinos, die ausschließlich sowjetische Filme spielen. Entsprechende Filmvertriebsgesellschaften sind gegründet worden. In Brasilien gibt es die „Torgbras“, eine Gesellschaft mit gemischtem brasilianisch-sowjetischem Kapital. Ähnliche Entwicklungen beobachtet man überall.

So finden dann schließlich sowjetische Angebote fruchtbaren Boden, mit denen man verspricht, den südamerikanischen Ländern bei ihren großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu helfen. Den Chilenen verspricht man die Abnahme ihrer gesamten Kupferpro-

duktion, obwohl man gar keinen derartigen Bedarf hat. Kolumbien sichert man die Abnahme seiner Kaffee-Ernte zu. So hofft man wenigstens, zu Handelsverhandlungen zu gelangen, die eine Vorstufe zur Eröffnung diplomatischer Beziehungen und damit zur Errichtung einer politischen Zentrale im Lande sein könnten. Umgekehrt bietet man Brasilien und Argentinien für 100 Millionen Dollar Bohrtürme und anderes Gerät für die Entwicklung ihrer Erdölindustrien an.

Integrationsbestrebungen

Lateinamerika selbst steht mit seinen besten Kräften in einem entschiedenen Abwehrkampf. Es bemüht sich, durch Zusammenschluß seiner Märkte nach europäischem Vorbild, günstigere Grundlagen für seine neuen und noch zu errichtenden Industrien zu schaffen. Einzelne Länder, so die des zentralamerikanischen Isthmus oder die südlichsten Länder des lateinamerikanischen Kontinents, haben bereits Vorarbeiten geleistet, um wenigstens regionale Teilmärkte zu bilden.

Diejenigen Länder, die besonders unter der Inflation und anderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu leiden haben, in erster Linie wiederum die ABC-Staaten, bemühen sich, eine zielbewußte Anti-Inflationspolitik durchzuführen. Besondere Schwierigkeiten macht es dabei, die gestiegenen Anforderungen an den Staatshaushalt mit den sinkenden Einnahmen in Einklang zu bringen, die durch fallende Rohstoffpreise und andere Umstände bedingt sind. (er)

INDIEN: Evolution zwischen zwei Welten

New Delhi, den 5. 10. 1958

Indien geht es nicht so wie Burdians Esel, der sich nicht entscheiden kann, ob er vom rechten oder vom linken Heubündel fressen soll, und darüber verhungert. Um sicher zu gehen, nimmt Indien vom rechten und vom linken, d. h. vom Westen und vom Osten. Daß es mit dieser Methode bisher relativ gut gefahren ist, wird von der hohen Autorität der Weltbank bestätigt. Ein Gutachten, das ihr Expertenteam auf Grund eingehender Untersuchungen an Ort und Stelle ausgearbeitet hat, lag der von der Weltbank Ende August nach Washington einberufenen Konferenz der Gläubigerstaaten vor. Neben einem gehörigen Maß sachlicher Kritik wird darin zum Ausdruck gebracht, daß es einen bemerkenswerten Rekord bedeutet, in einem vielsprachigen Bundesstaat von annähernd 400 Millionen Menschen eine ständige Produktionssteigerung von 2—3 oder sogar mehr Prozent erreicht zu haben, wobei sich inflatorische Erscheinungen kaum wahrnehmen ließen. Dies ist um so höher zu veranschlagen, heißt es weiter in dem Bericht, als Indien eine neuzeitliche Industrie aufzubauen hat, und es bewältigt die Aufgabe mit demokratischen Methoden, eine Leistung, für die es in der Geschichte keine Parallele gibt.

Wirtschaftliche und politische Fronten

Wie in fast allen neu entstandenen Ländern des südasiatischen Raums entlud sich die Demokratie wie ein elementares Ereignis über Indien, und der Sturm fegte das an sich wohlgefügte, autoritäre Kolonialregime hinweg. Dabei muß gerechterweise festgestellt werden, daß durch die allmählich verstärk-

te Heranziehung von Indern zur Verwaltung und das Wirken von Parlamenten, auch wenn diese nur beschränkte Machtbefugnisse hatten, schon eine bescheidene Dosis Demokratie dem Staatskörper vererbt worden war. Indien sah sich von Anbeginn seiner Selbständigkeit einem Abwehrkampf an zwei Fronten gegenüber, dessen Vehemenz in den vergangenen Jahren noch zugenommen hat. Die eine Kampflinie wird durch die rapide Geburtenzunahme gekennzeichnet, etwa 5 Mill. im Jahr, was ungefähr einer gleichgroßen Anzahl von Menschen entspricht, die Beschäftigung suchen. Die andere besteht in dem Kommunismus und stellt sogar eine doppelte Gefahr dar — eine politische und eine wirtschaftliche. Nicht nur, daß die Kommunistische Partei, die gut organisiert ist und beachtlichen Einfluß in den Gewerkschaften besitzt, als „Fünfte Kolonne“ zu werten ist, die Ereignisse der jüngsten Zeit in den benachbarten Staaten Burma und Ceylon weisen auf zunehmende kommunistische Strömungen hin. Dies ist die politische Seite des für Indien so schwerwiegenden Problems. Die wirtschaftliche Seite dokumentiert sich in der verschärften Konkurrenz, oder wohl richtiger gesagt, im chinesischen Dumping, das sich in asiatischen und auch schon afrikanischen Ländern — besonders in Textilien — zeigt und Indien heute bereits zwingt, sich nach anderen Ausfuhrgebieten umzusehen.

Industrialisierung bei sozialer Ausrichtung

Es hat der jungen indischen Republik nicht an Unternehmungsgeist gefehlt, was durch seine kühnen, zum Teil allzu kühnen Fünfjahrespläne bewiesen wird. Gewiß ist

man klüger, wenn man vom Rathaus kommt, d. h. es ist einfach, nachträglich Kritik zu üben. Jedoch weiß man heute, daß das Tempo der Industrialisierung zu forscher war und daß darüber die Produktionssteigerung der Landwirtschaft vernachlässigt wurde. Weiterhin führte das Fehlen jeglicher sozialer Einrichtungen unter der früheren Regierungsform zu einem weiten Ausschlag des Pendels in entgegengesetzter Richtung. Alte und neue Betriebe im öffentlichen und privaten Sektor der Wirtschaft wurden mit Sozialausgaben überlastet, und sie brachten eine Verteuerung der Fertigprodukte mit sich, was mitunter deren Konkurrenzfähigkeit für den Export beeinträchtigte. In der Privatwirtschaft kam es dadurch und mit zusätzlichen, außergewöhnlich hohen Steuern zu einer Verknappung von Mitteln, die sonst für weitere Investitionen, sei es in Form von Modernisierungen oder Erweiterungen, zur Verfügung gestanden hätten.

Das Forcieren sozialer Institutionen, so einleuchtend es auch bei einer kaum vorstellbaren Verelendung der Massen sein mochte, machte Indien in Verbindung mit der Proklamierung der sozialen Ausrichtung der Wirtschaft durch die regierende Kongreßpartei („Social Pattern of Society“) dem Westen gegenüber stark verdächtig. Man witterte Kommunismus an höchsten Stellen, wo keiner vorhanden war. Erst allmählich wurde es klar, daß Indien in der vordersten Vorpostenlinie westlicher Demokratien im Kampf auf Tod oder Leben stand, auch wenn es sich nicht der westlichen Mächtigkeitsgruppe anschloß. So hat der Westen endlich eingesehen, daß man mit einer Hilfe für Indien sich letztlich selbst und damit der Sache der Demo-

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061
24 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

kratie hilft. Mit anderen Worten: man ist sich heute dessen bewußt, daß das letzte demokratische Bollwerk in Asien, Indien, unter allen Umständen gehalten werden muß!

Unterstützung aus dem Westen

Die USA hatten das rote Gefahrensignal vor Jahren schon erkannt und es an großzügigem Beistand nicht fehlen lassen. Chester Bowles, der demokratische Botschafter, und die späteren republikanischen Botschafter John Sherman Cooper und der gegenwärtig in Neu Delhi akkreditierte Ellsworth Bunker haben es verstanden, Indiens Situation in ihrer Heimat in geeigneter Weise zu interpretieren. Bei der Bundesrepublik hat es länger gedauert, bis man in Bonn begriff, daß man Unterstützung für Indien nicht nach einem rein wirtschaftlichen oder gar kaufmännischen, sondern vielmehr nach einem weltpolitischen Maßstab zu werten hätte. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß Amerika hier aufklärend die veränderte Stellungnahme vielleicht ein wenig beeinflußt hat. Schließlich haben auch andere Nationen auf dem Wege über den Colombo-Plan ihr Scherflein zu Indiens Aufbau beigetragen. Erst kürzlich war es die Weltbank oder, präziser ausgedrückt, ihr Präsident Eugene R. Black, der die eingangs erwähnte Konferenz einberief, auf der beschlossen wurde, Indien für die Durchführung des (reduzierten) zweiten Fünfjahresplans, der am 31. März 1961 abläuft, die fehlenden Mittel in Devisen zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Beschluß hat in der Tat, wenn man sich dieses militärischen Vergleichs bedienen darf, der Westen im kalten Krieg einen nicht zu unterschätzenden Sieg davongetragen.

In Indien wird man nicht vergessen, daß „Freunde in der Not“ rechtzeitig Beistand geleistet haben, und vermutlich die Lehre daraus ziehen, bei den folgenden Fünfjahresplänen vorsichtiger und weitschauender in bezug auf ausländische Devisen zu kalkulieren. Allerdings muß sogleich hinzugefügt werden, daß noch einige Fünfjahrespläne nötig sein werden, bis der circulus vitiosus von Bevölkerungszunahme und Arbeitsbeschaf-

fung durchbrochen sein wird. Man rechnet mit einer Zeitdauer von 18 bis 20 Jahren. Doch sollte zur Beruhigung des Westens betont werden, daß Indien auf lange Sicht ein zukunftssträchtiger Markt bleiben wird und daß es keineswegs in der Absicht seiner politischen Führer liegt, das Land wirtschaftlich autark zu machen.

Sowjetische Hilfe

Der Osten hat zweifellos eine große Portion Initiative eingebracht, um mit verlockenden Angeboten in diesem, ihm bis dahin fremden Territorium zu erscheinen, und Indien sah keinen Grund, da politische Bindungen irgendwelcher Art nicht damit verbunden waren, sie abzulehnen. Die Sowjets errichteten eines der drei staatlichen Stahlwerke und in Gemeinschaft mit den Tschechen ein Werk zur Erzeugung schwerer Maschinen. Dies geschieht mit langfristigen Krediten zu niedrigsten Zinssätzen. Die Ostzone ist offenbar nicht ihren Erwartungen entsprechend ins Geschäft gekommen, denn sie sah sich vor wenigen Monaten gezwungen, ihre luxuriös ausgestatteten Ausstellungsräume in Bombay zu schließen. Im übrigen scheint die heutige allgemeine Tendenz des Ostblocks zu sein, Abschlüsse mit Indien nicht auf dem Kreditwege, sondern im Tauschverkehr zu tätigen. Dankbar erkennt man in Indien die sachverständige Unterstützung an, die

die Sowjets und Rumänen bei den Ölforschungen und -bohrungen leisten. Leider zeigen die westlichen Konzerne (Shell, Caltex und Standard Vacuum), die hier Raffinerien gebaut haben und mit gutem Profit betreiben, nicht immer das von ihnen erhoffte Entgegenkommen. Eine freundlichere Haltung würde sicherlich von Indien begrüßt werden.

Bedrohung durch den Europamarkt?

Abschließend muß darauf hingewiesen werden, daß man in Indien mit einiger Besorgnis der Entwicklung des Europäischen Marktes und der Freihandelszone entgegenseht. Und zwar befürchtet man, daß Rohstoffe von französischen, belgischen und britischen Kolonien bezogen werden und dadurch der indische Export leiden könnte. Ein in diesem Zusammenhang schon mehrfach vorgebrachtes Argument, daß die Länder des Europäischen Marktes durch diese Konzentration in Zukunft besser in der Lage sein würden, in Indien und überhaupt in den unterentwickelten Staaten zu investieren, hat bisher nicht überzeugend gewirkt. Auch die auf dem Septembertreffen der Commonwealth-Finanzminister in Montreal verkündete Parole „Erst das Commonwealth und dann die Freihandelszone“ hat nicht vermocht, die vorherrschenden Zweifel zu zerstreuen. (sh)

ENGLAND: Koordination für eine stetige Wirtschaftsexpansion

London, den 9. 10. 1958

In unserer von zwei Weltkriegen erschütterten Zeit sucht England in einem von außen diktierten Eiltempo nach neuen Methoden politischer Kooperation und wirtschaftlicher Koordination. Aus dem Empire war schon zwischen den Kriegen ein Commonwealth mit den „weißen“ Dominien als gleichberechtigten Partnern geworden. Seit dem letzten Krieg tritt auch die farbige Bevölkerung der früheren Kolonien eine autonome Entwicklung an. Es ist kennzeichnend für den friedlichen und demokratischen Geist dieses revolutionären Umschwungs, daß fast alle von

ihnen freiwillig im Commonwealth verbleiben und britische Methoden in Politik, Rechtspflege, Erziehung, Verwaltung und auch im Wirtschaftsleben beibehalten. Der britische Staatenbund wird loser, seine Mitglieder werden selbständiger, aber er behält seine innere Harmonie, auch wenn die Mitglieder in internationalen Gremien getrennt auftreten.

Die dreifache Partnerschaft

Das Commonwealth ist aber heute nur einer von drei einander überschneidenden Kreisen, innerhalb deren England politisch und wirtschaftlich arbeitet. Die anderen beiden sind der Nordatlantik und

Westeuropa. Politisch sind die regionalen Verteidigungsbündnisse gegen den kommunistischen Osten für England wichtiger als die ungewollene, unverbindliche Zusammenarbeit im Commonwealth, und auch wirtschaftlich erscheint London eine Zusammenarbeit im Weltmaßstab mit den USA einerseits und Kontinentaleuropa andererseits auf lange Sicht erfolgversprechender als Versuche, die exklusive Wechselbeziehung mit dem Commonwealth wieder zu beleben. Eine Wahl zwischen den drei Partnern ist England bisher erspart geblieben. Selbst so erfordert seine Abhängigkeit von drei verschiedenen Systemen mitunter schwierige Entscheidungen auf wirtschaftlichem vielleicht mehr noch als auf politischem Gebiet, wie sich gerade bei der Kontroverse um die Freihandelszone zeigte.

Im Commonwealth konzentriert sich das gegenseitige Interesse längst nicht mehr auf den direkten Warenaustausch und den Besitz gesicherter Märkte. Für seine überseeischen Mitglieder, außer Kanada, ist der Zugang zu den Londoner Finanzmärkten und die Zugehörigkeit zum Sterling-System heute wichtiger. Und England geht so weit wie nur irgend möglich, um ihre Kapital- und Valutaanforderungen zu befriedigen und damit eine Vertrauensatmosphäre zu schaffen, die es auch anderen Staaten und internationalen Organisationen gestattet, den unterentwickelten Ländern im Commonwealth Kredit- und Investitionshilfe zu gewähren. Entwicklungsdarlehen auf Regierungsebene oder über internationale Finanzinstitute können aber allein die Kapitalbedürfnisse einer rasch aufwachsenden Wirtschaft nicht decken. Die ständig

steigenden Investitionen englischer Firmen und der seitens der britischen Regierung zu niedrigen Zinssätzen garantierte Zutritt zum Londoner Kapitalmarkt füllen deshalb eine wesentliche Lücke. In dieser Hinsicht erfüllt England eine seinen kommerziellen Traditionen und Interessen entsprechende Aufgabe, die niemand sonst auf sich zu nehmen bereit ist.

Internationale Rohstoffabkommen

Indessen ist für die gedeihliche Entwicklung der Überseeländer, von der die wünschenswerte Welt-handelsexpansion auf lange Sicht abhängt, der Absatz steigender Mengen ihrer Überschusswaren zu stetigen Preisen nicht weniger notwendig als die Finanzierung industrieller Vorhaben. England ist entschieden gegen alle Arten von Dumping und unterstützt in geeigneten Fällen internationale Kontrollabkommen, möglichst mit Konsumentenbeteiligung, sofern sie, bei zeitweilig notwendiger Restriktion, langfristig klar auf Verbrauchsanregung abgestellt sind. Im Kampf gegen Dumping obliegt England, wie russische Zinn- und Aluminiumverkäufe und kontinentale Abgaben auf dem englischen Butter- und Eiermarkt erst in letzter Zeit wieder veranschaulichten, eine besondere Aufgabe. In solchen Fällen muß die englische Regierung trotz grundsätzlicher Bedenken gegen behördliche Intervention in den Warenmärkten eingreifen, um eine Schädigung traditioneller Lieferanten zu verhindern.

Konjunkturpolitische Ziele

In der Konjunkturpolitik verfolgt England, nachdem wiederholte Sterlingkrisen und inflationäre Preisbewegungen die Gefahren der Vollbeschäftigung demonstrierten, bescheidenere Ziele. Stabilität erhält

den Vorrang vor Expansion. Produktion und Investitionstätigkeit sind leicht zurückgegangen, wenn auch weniger und später, als angesichts des Konjunkturabfalls in Nordamerika befürchtet wurde. Direkte Investitionshilfe wird als unnötig und zwecklos abgelehnt. Um die vorhandene Industriekapazität besser zu nutzen, wird jetzt der Hebel beim Verbraucher angesetzt. Verbilligung und Erleichterung des Konsumentencredits nach kleineren Kaufsteuersenkungen im Frühjahr haben die Nachfrage nach Bedarfsgütern bereits etwas gehoben, und weitere behutsame Maßnahmen zur Verbrauchsanregung werden erwartet, während gleichzeitig überseeischen Exportkunden größere Kreditmöglichkeiten eröffnet werden. Von dieser Abart monetärer Politik erwarten Regierung und Wirtschaft, daß sie England auch weiterhin größere Produktionseinbußen und Arbeitslosigkeit ersparen wird, bis die Überwindung des amerikanischen Konjunkturabfalls die Bahn zu neuer Wirtschaftsexpansion öffnet.

Währungspolitische Stabilität

Inzwischen hat England seine schwierige Währungslage bereinigt, der internen Inflation ein Ende gesetzt und seine Wirtschaft in einen Stand leistungsfähiger Bereitschaft versetzt. Währungs- und Handelsrestriktionen werden konsequent abgebaut, Ansätze internationaler Integration nach Möglichkeit gefördert, private Investitionen über Staats- und Valutagrenzen hinweg unterstützt. Das Endziel ist volle Konvertierbarkeit für den Sterling, weitgehender Abbau von Außenhandelschranken und zwang- und formlose Koordination der westlichen Pläne zur stetigen Wirtschaftsexpansion. (A)



Hanseatischer Afrika Dienst

Gemeinschaftsdienst der Reedereien

H. M. GEHRCKENS HAMBURG

FRANZ L. NIMTZ HAMBURG

Regelmäßige Fracht- und Passage-Gelegenheit

VON HAMBURG / BREMEN NACH WESTAFRIKA

FRANKREICH: Im Widerstreit der Pflichten und Ziele

Paris, den 10. 10. 1958

Seit Kriegsende ist die französische Wirtschaftspolitik ungewöhnlich stark durch außerwirtschaftliche und im gewissen Sinne auch außerfranzösische Ereignisse bedingt, nämlich durch die blutige Liquidierung des Kolonialreiches, wofür bei weitem nicht nur die eigenen Fehler der Vergangenheit oder der Gegenwart verantwortlich sind, sondern auch die maßgebenden weltpolitischen Strömungen, nämlich der Nationalismus der Entwicklungsländer und der Kommunismus, der besonders zu den Triebkräften des Indochinakrieges gehörte und wohl auch in Afrika eine gewisse Rolle spielt. Frankreich stand demnach in den letzten 13 Jahren der doppelten Notwendigkeit gegenüber, seine Verpflichtungen außerhalb des Mutterlandes zu erfüllen und für die Modernisierung, die Gesundung sowie die soziale Umgestaltung seiner Wirtschaft zu sorgen.

Wirtschaftliche Aufgaben verstärken Inflationsdruck

Die Verpflichtungen in den ehemaligen Kolonien sind nicht nur militärischer, sondern auch wirtschaftlicher Art. Es genügt der Hinweis, daß die überseeischen Investitionen die Marshallplan-Kredite überstiegen und Frankreich nach den USA und Großbritannien unverändert den größten Beitrag zugunsten der Entwicklungsländer leistet. Da man auf den Fortschritt im Mutterlande um keinen Preis verzichten wollte, schon weil man in diesem Fall das innere politische Gleichgewicht erschüttert hätte, stand die Wirtschaftspolitik zwangsläufig unter einem starken Inflationsdruck. Man mußte von der Substanz zehren, um Aufgaben, die über die normalen Wirtschaftsverhältnisse weit hinausgingen, zu erfüllen. Glücklicherweise verfügte das Land hierfür über auch heute noch sehr erhebliche Reserven.

Dirigismus und Freiheit

Dank dieses Wohlstandspolsters und auch dank einer nicht geringen Ausgeglichenheit der Produktion, die sich zu einem erheblichen

Teil sowohl für die Ernährung wie für die Rohstoffversorgung auf eigene Quellen der Franczone zu stützen vermag, war in der Nachkriegszeit die Konjunkturerwicklung ziemlich unabhängig von der weltwirtschaftlichen Lage. Die jüngste amerikanische Konjunkturdämpfung blieb so ohne jede Rückwirkung auf das französische Bild, während die Wirtschaft selbst ihrer Eigengesetzlichkeit entsprach, ohne sich durch die mangelnde politische Stabilität oder durch die Absichten der Regierung stören zu lassen.

Es besteht ein ständiger, aber nur scheinbarer Widerspruch zwischen der dirigistischen Grundtendenz der französischen Wirtschaftspolitik und der tatsächlichen Bewegungsfreiheit der privaten Wirtschaftskräfte. Es fällt der Regierung nämlich schwer, durch klassische Maßnahmen, wie z. B. die Kredit- und Diskontpolitik, das Wirtschaftsklima wesentlich zu beeinflussen, denn hierzu sind die Unternehmen bei der gegebenen Flüssigkeit des Kapitalmarktes viel zu kreditunabhängig. Die Finanzierung der Nachkriegsexpansion erfolgte vorwiegend aus eigenen Mitteln oder Kapitalerhöhungen unter fast völliger Vermeidung des mittel- und langfristigen Bankkredits. Es bedarf daher von Zeit zu Zeit ausgesprochen dirigistischer Eingriffe, um zu bescheidenen Ergebnissen, die man in anderen Ländern auf liberalem Wege erzielt, zu gelangen.

Dies erklärt auch die wenig glückliche Währungspolitik Frankreichs in der Nachkriegszeit. Erfolgreiche Stabilisierungsperioden sind ebenso selten wie kurzlebig, nicht zuletzt weil sich die Preise und Löhne dem direkten und indirekten Einfluß der Regierung entziehen. Im Frühjahr dieses Jahres mußten die Sachverständigen der OEEC zugeben, daß Frankreich allen wirtschaftspolitischen antiinflationistischen Empfehlungen der Organisation entsprach, die Inflationstendenzen aber trotzdem nicht überwunden wurden. Im Hintergrund steht die Tatsache, daß sowohl die Industrie wie die Bank-

welt und ein Teil der Regierungssachverständigen in der ständigen Expansion der französischen Wirtschaft eine vordringliche Notwendigkeit zur Ermutigung der privaten Dynamik und zur Überwindung der bedenklichen Schwächen der Vergangenheit sehen und bereit sind, ihr im entscheidenden Augenblick immer wieder die Währungsstabilität zu opfern.

Expansion und Integration

Diese Tendenz wurde durch die Erfordernisse der europäischen Integrationspolitik noch verstärkt. Nach langem Widerstand fand sich die französische Privatwirtschaft mit dem Gemeinsamen Markt nicht nur passiv ab, sondern rang sich zu dem Entschluß durch, ihn positiv in den Dienst ihrer Expansionspolitik zu stellen. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, nach Verwirklichung der eigenen Modernisierung und uneingeschränkter Konkurrenzfähigkeit innerhalb des Gemeinsamen Marktes eine möglichst führende Rolle zu spielen. In mancher Beziehung darf man in der sich nunmehr verwirklichenden europäischen Wirtschaftsintegration einen entscheidenden Wendepunkt für die französische Einstellung zur Konkurrenzfreiheit und zur wirtschaftlichen Dynamik sehen. Um es anders auszudrücken, ermutigt und gezwungen durch den Gemeinsamen Markt, steht man im Begriff, die lange Zeit vorherrschend gewesene privatwirtschaftliche Stagnation und den Protektionismus endgültig zu überwinden.

Widersprüche in der Wirtschaftspolitik

Es ist nicht leicht, die französische Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit sachlich zu beurteilen, denn sie wurde immer wieder durch außerwirtschaftliche Faktoren gestört oder verfälscht. Die mangelnde politische Stabilität des Landes spielt hierbei eine ebenso große Rolle wie die Verpflichtungen, die ihm gegen seinen Willen, besonders über den Verteidigungshaushalt und zur Beseitigung der Kriegsfolgen, auferlegt wurden. Man darf kaum von einer zusammenhängenden Wirtschaftspolitik sprechen, wenn man bewußt über seine Verhältnisse lebt, mit dem

etwas eigenartigen Ziel, auf diese Weise einer geordneten, strukturell gesunden Zukunft den Weg zu ebnen, ohne hierfür den Preis der „austerity“ zu zahlen. Diesen Luxus kann sich nur ein reiches Land erlauben. Vielleicht wäre es ungerecht, Frankreich in Anbetracht seiner erheblichen Reserven diese wirtschaftspolitische Verirrung vorzuwerfen, aber auch hier-

für scheint jetzt eine Etappe zu Ende zu gehen. Es kommt der Augenblick, wo man zur Bewahrung des neugeschaffenen Produktions- und Sozialapparates um die Anerkennung der allgemeingültigen Grundsätze der Wirtschaft nicht mehr herumkommt, worüber man sich in allen zuständigen Kreisen übrigens völlig im klaren zu sein scheint. (fr.)

NIEDERLANDE: Grundlegende Umstellungen

Haarlem, den 11. 10. 1958

In der Geschichte der Niederlande ist kein Zeitraum aufzuweisen, in dem sich die Lage des westeuropäischen Deltagebietes im Rahmen der Weltwirtschaft so grundlegend änderte wie im letzten halben Jahrhundert. Vor dem ersten Weltkrieg waren die Niederlande ein an Rohstoffen armes Agrargebiet, das hinsichtlich seines relativen Wohlstandes völlig von seinen Kolonien und von der Position abhängig war, die es sich im internationalen Handels- und Schiffsverkehr erworben hatte. Den Niederlanden gelang es dabei, in den verschiedenen Konflikten, die die Großmächte immer mehr entzweiten, stets eine strikt neutrale Haltung einzunehmen.

Vom Kolonialreich

zum Industriestaat

Heute sind die Niederlande einer der westeuropäischen Industriestaaten mit der dichtesten Bevölkerung. Nach Verlust der Kolonien verstanden sie es, die Industrie systematisch zu entwickeln und dabei ihre Bedeutung im internationalen Dienstverkehr zu erhalten. Die Grundlage zur Industri-

alisierung wurde bereits im Jahre 1917 geschaffen, als man begann, die Hochöfen und Stahlbetriebe in IJmuiden zu errichten. Auch die Kohlenbergwerke, die größtenteils Staatseigentum sind, nahmen einen mächtigen Aufschwung. Die Entdeckung reicher Erdölvorkommen war ein unerwarteter Glücksfall. Kohle und Erdöl bildeten die Grundlage, auf der eine moderne chemische Industrie aufgebaut wurde. Weiterhin bieten auch die metallverarbeitenden Gewerbe der niederländischen Bevölkerung, die sich seit 1908 fast verdoppelt hat, viele Arbeitsplätze. Im Augenblick ist man im Begriff, mit Teilnahme des Staates einen zweiten Hochöfen- und Stahlbetrieb in Rotterdam anzulegen. Diese Unternehmung soll die Niederlande in ihrem Stahlverbrauch (beinahe 3 Mill. t jährlich) nach und nach vom Ausland unabhängig machen.

In dem Zeitraum 1908 bis 1958 hatten die Niederlande jedoch keineswegs an allen Fronten Erfolg. Die sich stets mehr zuspitzenden Gegensätze zwischen Ost und West erforderten von ihnen sehr schwere Opfer. Der erstarkte Nationalis-

mus in Asien brachte die militärischen Expeditionen, die zur Wiedererlangung der niederländischen Souveränität über Ostindien unternommen wurden, zum Scheitern. Auch die im Jahre 1949 geschlossene Niederländisch-Indonesische Union, von der man wenigstens die Rettung der niederländischen Wirtschaftsbelange erwartete, wurde von Indonesien aufgelöst. Ende 1957 erfolgte die Beschlagnahme der niederländischen Unternehmungen in Indonesien. Beinahe alle niederländischen Staatsangehörigen wurden vertrieben. Wenn Indonesien keinerlei Schadenersatz leistet, erleidet die niederländische Volkswirtschaft dadurch einen Substanzverlust von 5 Mrd. Gulden, während für das Sozialprodukt eine konstante Verminderung um 1 Mrd. Gulden im Jahr zu erwarten ist. Der niederländische Staat selbst befindet sich in der Zwangslage, jährlich einige Hundert Millionen Gulden auszus zahlen, weil Indonesien sich weigerte, den Zins- und Pensionsverpflichtungen nachzukommen, wofür die Niederlande seinerzeit gebürgt hatten.

Der Kampf um das konjunkturelle Gleichgewicht

Für die Konjunkturlage war es in den letzten zwei Jahren kennzeichnend, daß die Gesamtaufwendungen im Verhältnis zum Sozialprodukt viel zu hoch waren. Es wurde mehr Kapital für Investitionen eingesetzt, als die nationalen Ersparnisse zuließen. Demzufolge mußten die Gold- und Devisenvorräte angegriffen werden. Die drohende Inflationsgefahr führte im Jahr 1957 zu einer Wäh-

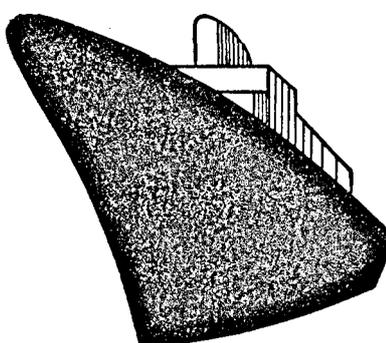
D E R S E E H A F E N

BREMEN



BRÜCKE UNSERES AUSSENHANDELS

N A C H Ü B E R S E E



rungskrise, die inzwischen durch drastische Maßnahmen der Regierung, die Einschränkungen von Investitionen und Konsum brachten, überwunden worden ist. Im Augenblick ist die Wiederherstellung des Gleichgewichtes für die Konjunkturlage kennzeichnend.

Bereits im ersten Halbjahr 1958 hatte sich das Defizit in der Handelsbilanz wieder in einen Überschuß umgewandelt. Man erwartet, daß das Jahr 1958 mit einem Überschuß von 1,5 Mrd. Gulden abschließen wird. Dies ist u. a. eine Folge der rückläufigen Weltkonjunktur, die der Vorratsbildung ein Ende machte und somit die Einfuhren verminderte. Die 1956 und 1957 zusammengeschrumpften Gold- und Devisenvorräte erreichen nun wieder ein angemessenes Niveau, so daß die währungspolitische Lage heute keine Sorgen mehr macht. Auch der Kapitalmarkt hat sich erholt, wodurch der Zinsfuß von 6% auf 4³/₄% herabgesetzt wurde. Die Spannung auf dem Arbeitsmarkt hat ebenfalls nachgelassen. Einen Augenblick befürchtete man sogar eine größere Arbeitslosigkeit, aber diese Gefahr ist jetzt wohl behoben. Für 1959 erwartet man wieder eine mäßige wirtschaftliche Expansion, da die Ausfuhr sich 1958 befriedigend entwickelt hat. Dies ist besonders auffällig, weil die Niederlande recht schwer unter dem Zusammenbruch des internationalen Marktes für Molkereiprodukte zu leiden haben.

Die Subventionen, die die Niederlande sowohl ihren Verbrauchern als auch ihren Erzeugern von Milchprodukten gewähren, bedeuten bereits heute eine schwere finanzielle Belastung der Staatswirtschaft. Der Staat mußte in seinen Haushaltsvoranschlag für 1959 einen Posten von über 1/2 Mrd. Gulden für Milchsubventionen ein-

setzen. Man hat sich nunmehr entschieden, diese Milchsubventionen sowie auch die Subventionen für die Wohnungsmieten, die beinahe 400 Mill. Gulden jährlich erfordern, drastisch herabzusetzen. Wie man das erreichen will, ist noch nicht bekannt. Man fürchtet nämlich, daß bei Erhöhung der Milchpreise und der Mieten auch die Löhne aufgebessert werden müssen, und dies erachtet die Regierung im Zusammenhang mit der Konkurrenzfähigkeit des Landes als sehr unerwünscht. Es dürfte jedoch auch ein schwieriges Problem sein, den Agrarsektor dazu zu bringen, sich mit niedrigeren Subventionen zufriedenzugeben, als er in den letzten Jahren gewöhnt war.

Das Lohnniveau und die Integration

Das verhältnismäßig niedrige Niveau der Löhne und der Soziallasten ist die Achillesferse der niederländischen Volkswirtschaft. Bisher konnte man davon profitieren, um die Ausfuhr ansehnlich zu steigern und zahlreiche ausländische Unternehmungen zur Errichtung von Zweigbetrieben in den Niederlanden zu veranlassen. Die Integration Westeuropas, an die man hier aus ideologischen Gründen sein Herz gehängt hat, führt jedoch zur Harmonisierung der Löhne und Soziallasten. Allein der Lohnausgleich zwischen Männern und Frauen wird das niederländische Lohnniveau im Durchschnitt um 3% erhöhen. Die Übernahme des französischen Systems der Überstundenzuschläge fügt eine weitere Erhöhung um 4% hinzu. Die Anpassung des niederländischen Preisniveaus an die Normen des Europamarktes wird die Lebenshaltungskosten (u. a. die Wohnungsmieten) in den Niederlanden enorm steigern. Dies wird die Gewerkschaften veranlassen,

mindestens entsprechende Lohn-erhöhungen zu fordern. Alles zusammengenommen kann man wohl in absehbarer Zeit auf ein um 20% höher liegendes Lohnniveau rechnen. Ob die Konkurrenzfähigkeit der Niederlande dem Ausland gegenüber sich dementsprechend verschlechtern wird, hängt von der Möglichkeit ab, ob man die Produktivität im gleichen Zeitraum proportional steigern kann. Dafür müssen jedenfalls ansehnliche industrielle Investitionen gemacht werden, und es wird sich als nötig erweisen, daß manche niederländische Unternehmungen Fusionen vornehmen. Dem widersetzt sich jedoch der Unabhängigkeitsgeist der niederländischen Unternehmer.

Auch die Mentalität der Arbeiter bildet ein Hindernis, da diese Verkürzung der Arbeitszeit und Abschaffung der Schichtarbeit wünschen. Es wird viel Takt erfordern, um dennoch die unentbehrliche Mitwirkung des Arbeiters zur Steigerung der Produktivität zu erlangen, vor allem, da sich bereits allzu viele Stimmen erheben, die sich auf die „Escape“-Klausel des Europamarkt-Vertrages berufen, um die Position der Niederlande als „Insel der Wohlfelheit“ ungeschwächt zu erhalten.

Zweifellos hat die westeuropäische Integration mehr Anhänger in politischen Kreisen und in der Regierung als in der niederländischen Wirtschaft, die Furcht vor der Zukunft hegt und nicht viel Lust verspürt, einen großen Teil des Sozialprodukts für Hilfeleistungen an unterentwickelte Gebiete zu bestimmen. Das kann man ihr angesichts der jüngsten Erfahrungen mit Indonesien kaum verübeln. Wie stark die Regierung internationale Hilfsaktionen auch befürworten mag, sie findet damit beim niederländischen Volk keinen Anklang mehr. (M. H. J.)



FRANKFURTER BANK



BUNDESREPUBLIK: Währungspolitische Aufgaben dominieren

Hamburg, den 11. 10. 1958

Westdeutschland hat mit seiner Währungspolitik unbestritten gute Erfolge erzielt. Im Augenblick erscheint die Stabilität der D-Mark weder durch die binnenwirtschaftliche Entwicklung noch durch Einwirkungen vom Auslande her gefährdet. Ungeachtet dessen stellt die Währungspolitik nach wie vor die wichtigsten und schwierigsten Aufgaben, und zwar sowohl im Bereich der eigenen Volkswirtschaft wie auf dem weiten Feld der Weltwirtschaft.

Binnenwirtschaftliche Gefahren

Binnenwirtschaftliche Gefahren für die Stabilität einer Währung entstehen vor allem durch eine Überbeanspruchung der Staatsausgaben, durch übermäßige Investitionen und durch Übersteigerung der Lohnbewegung. Nach überkommener finanzwissenschaftlicher Lehre braucht keine inflatorische Entwicklung befürchtet zu werden, solange die Staatsausgaben durch Steuern und echte (d. h. aus Ersparnissen stammende) Anleihen gedeckt werden; die Währung sei, so meinte man, erst dann gefährdet, wenn ungedeckte Staatsausgaben zu einer Ausweitung des Geld- und Kreditvolumens führen. Diese Auffassung ist nicht mehr zutreffend in einer Zeit, in der ein wesentlicher Teil des Sozialproduktes durch die öffentlichen Kassen läuft und etwa die Hälfte aller Investitionen — oder ein noch größerer Teil — öffentliche und von der öffentlichen Hand kontrollierte Investitionen sind. Der Maßstab für die Beurteilung der währungspolitischen Wirkung staatlicher Ausgaben kann deshalb nicht mehr einfach aus der Haushaltslage abgeleitet werden, sondern muß die gesamte Situation der Volkswirtschaft, besonders den gesamten Umfang der Investitionen und die Marktlage für Investitionsgüter, die Beschäftigung, den Umfang der gesamten Nachfrage und die Sparquote, berücksichtigen.

Demgegenüber ist für die Beurteilung des währungspolitisch tragbaren Umfangs der Investitionen privater Unternehmen die

Form der Finanzierung eher ein brauchbarer Maßstab. Investitionen, die aus echten Ersparnissen finanziert werden, sind währungspolitisch gesund. Bedenklich werden sie, wenn die Finanzierung „über den Preis“ erfolgt. Die Grenze ist allerdings nicht immer leicht zu finden, da nicht jede Selbstfinanzierung als ungesund angesehen werden kann und auch die Auswirkungen auf den Preis nicht immer eindeutig abzulesen sind. Auch innerhalb der Unternehmen gibt es Ersparnisse, die zur Finanzierung von Investitionen verwendet werden können. Der Maßstab kann hier nicht innerhalb eines Unternehmens, nicht einmal immer innerhalb einer einzelnen Branche gefunden werden, sondern es ist auch hier ein Blick auf die gesamte volkswirtschaftliche Situation notwendig.

Ähnlich läßt sich der Maßstab für die Beurteilung von Lohnerhöhungen nicht aus den Gewinnspannen oder der Preisgestaltung einzelner Unternehmen und auch nicht einmal aus der Ertragslage und Marktlage für einzelne Branchen oder aus der Entwicklung der Produktivität in bestimmten Betrieben und Produktionszweigen gewinnen, sondern es muß immer die Lage in der gesamten Volkswirtschaft beobachtet werden, vor allem die Auswirkungen von Lohnänderungen auf den gesamten Umfang der Nachfrage, auf den Markt von Verbrauchsgütern und auf die Verschiebungen zwischen der Verbrauchs- und der Sparquote.

Die bisher zur Verfügung stehenden Angaben über die volkswirtschaftliche Situation geben schon eine Reihe von wertvollen Aufschlüssen, um solche Maßstäbe zu gewinnen. Sie sind jedoch noch nicht ausreichend und könnten noch wesentlich verbessert werden. Aber auch wenn genauere Maßstäbe gefunden werden, bleibt die Frage bestehen, wieweit in den wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Auseinandersetzungen die objektiven Erkenntnisse Gewicht haben gegenüber politisch bestimmten Zielsetzungen.

Gelingt es weiterhin — wie es bislang in einem einigermaßen befriedigenden Umfang geschehen ist —, in der westdeutschen Volkswirtschaft ein Gleichgewicht zu behaupten, so steht daneben die Aufgabe, zu verhindern, daß durch die außenwirtschaftlichen Verflechtungen gefährliche währungspolitische Tendenzen übernommen werden. Neben den Gefahren inflationärer Tendenzen, denen Westdeutschland in den letzten Jahren ausgesetzt gewesen ist — und mit denen es nur mühsam fertig geworden ist —, sind auch Gefahren übermäßiger deflatorischer Tendenzen denkbar; angesichts der in den meisten Ländern vorherrschenden leichteren oder stärkeren inflatorischen Entwicklung erscheint diese Gefahr im Augenblick nicht aktuell, doch auch sie kann eines Tages wieder hervortreten.

Währungspolitik im Europamarkt

In den zurückliegenden Jahren, vor allem 1954 bis 1956 und noch bis zum Sommer 1957 hinein, war Westdeutschland sehr stark der Gefahr eines „Imports der Inflation“ ausgesetzt. Die wichtigsten Partner in der Europäischen Zahlungsunion, Frankreich und Großbritannien, ließen infolge übermäßiger Staatsausgaben und einer überspannten Lohn- und Sozialpolitik ihr Preisniveau in die Höhe gehen, mit dem Ergebnis, daß ihre Zahlungsbilanzen durch steigende Importe bei geschwächten Exporten aus dem Gleichgewicht gerieten. Die Kehrseite waren wachsende Ausfuhr- und Zahlungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik. Da durch den Mechanismus der EZU die Zahlungsbilanzunterschüsse zu einem erheblichen Teil automatisch durch Kredite ausgeglichen wurden, bestand für die Schuldnerländer kein unmittelbarer Zwang, für einen Ausgleich ihrer Zahlungsbilanzen zu sorgen. Die Folge waren eine immer größer werdende Unausgeglichenheit der Zahlungsbilanzen und wachsende Kreditsalden in der EZU. In dieser Situation forderten die Schuldnerländer eine Aufwertung der D-Mark, obwohl die Logik eher für eine Abwertung ihrer Währungen sprach. Die heftige währungspolitische Debatte, die damals entstand, hat sich in-

zwischen beruhigt, nachdem Großbritannien und zuletzt auch Frankreich zu einem strengeren wirtschaftspolitischen Kurs zurückgefunden und ihre Zahlungsbilanzen besser ins Gleichgewicht gebracht haben.

Eine ähnliche währungspolitische Debatte kann jederzeit wieder aufleben, wenn eines oder mehrere Partnerländer in der EZU aus binnenwirtschaftlichen — oder gar aus politischen — Gründen erneut in eine stärkere inflatorische Entwicklung hineinsteuert und dadurch seine Zahlungsbilanz aus dem Gleichgewicht bringt. Weiter darf man den Blick nicht davor verschließen, daß die Wechselkurse, auch wenn gegenwärtig die Zahlungsbilanzen der wichtigsten Länder der EZU besser ausgeglichen sind, verzerrt geblieben sind. Für die Mitgliederstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft führt das zu unhaltbaren Zuständen, wenn sie sich jetzt im Gemeinsamen Markt zusammenfinden sollen. Man weiß heute, daß bei der Ausarbeitung des Vertragswerkes für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft die Währungsfragen viel zu wenig beachtet wurden, und man steht nun vor der Aufgabe, währungspolitische Vereinbarungen zu treffen, damit der Gemeinsame Markt funktionieren kann. Früher oder später — je früher es geschieht, desto besser wäre es — müssen die Mitgliederstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft ihre Währungsparitäten neu festsetzen. Sie können dabei schwerlich isoliert vorgehen, sondern müssen sich mit den übrigen Mitgliedern der Europäischen Zahlungsunion ins Einvernehmen setzen. Es liegt nahe, daß dann am besten gleich alle Mitglieder des Internationalen Währungsfonds gemeinsam vorgehen und auf weltweiter Basis die Verzerrungen zwischen den Wechselkursen beseitigen. Wahrscheinlich wird im kommenden Jahre auf internationaler Ebene die Diskussion hierüber aufgenommen werden. Für die Bundesrepublik wird dabei entscheidend sein, daß nicht nur der Kurs der D-Mark gegenüber dem englischen Pfund und dem französischen Franc richtig angesetzt wird, sondern daß

die Währungen aller Mitglieder der EZU gegenüber dem Dollar in ein richtiges Verhältnis kommen.

Zahlungsbilanzausgleich mit den Entwicklungsländern

Gefahren können für Westdeutschland auch entstehen, wenn die währungspolitische Situation der überseeischen Länder mit schwachen Währungen, das heißt der Länder, die zum überwiegenden Teil als Entwicklungsländer anzusehen sind, nicht in Ordnung gebracht wird. Geraten diese Länder in akute Zahlungsschwierigkeiten, so können sich Rückschläge im Welthandel ergeben, von denen auch die westdeutsche Ausführindustrie betroffen würde. Bei der starken Exportorientierung vieler wichtiger Industriezweige würde das empfindliche Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft haben. Ebenso gefährlich ist es aber auch, den Entwicklungsländern zur Überbrückung ihrer Zahlungsbilanzschwierigkeiten fortlaufend umfangreiche Kredite zu

gewähren, ohne die Rückzahlungsmöglichkeiten genügend zu beachten. Eine Steigerung der Exporte, die kreditiert werden, denen also auf längere — häufig auf eine unbestimmt lange — Zeit keine Einfuhren (oder andere Ausgleichsleistungen) gegenüberstehen, können inflatorische Preisbewegungen auslösen, wenn nicht gleichzeitig entsprechende Ersparnisse gebildet werden, die am besten ihre Form in Auslandsanleihen oder der Begebung anderer Auslandsemissionen finden würden. Außerdem entstehen mit den Exportkrediten Risiken, die sowohl für die unmittelbar beteiligten Unternehmen und bei Staatskrediten für den öffentlichen Haushalt wie für die gesamte Volkswirtschaft einen bedenklich großen Umfang annehmen. Deshalb ist es für Westdeutschland von großer Bedeutung, daß Wege zur Überwindung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten auch in den Entwicklungsländern gefunden werden. (H. P.)

SCHWEIZ: Wertbeständiger Kapitalismus

Zürich, den 9. 10. 1958

Man macht sich keiner Übertreibung schuldig, wenn man feststellt, daß Erhards erfolgreiches Experiment der sozialen Marktwirtschaft der Schweiz erlaubt hat, nicht nur ihr kapitalistisches System nach dem Kriege vor staatssozialistischen Experimenten nach britischem Vorbild zu bewahren, sondern es organisch weiterzuentwickeln. Das heißt allerdings nicht, daß die Schweiz nicht auch während der Nachkriegsjahre und vor allem in der letzten Zeit den Theorien des billigen Geldes und der Vollbeschäftigung ihren Tribut gezollt hätte. Vor Übertreibungen aber wußten sich die Schweizer durch ihr Verständnis für die Währungsstabilität zu hüten, das bei ihnen so groß wie bei den Deutschen ist.

Gewerkschaften zur sozialen Marktwirtschaft

Dieser moderne, sozial durchsäuerte Kapitalismus hat sich bis in die gewerkschaftlichen Kreise Anerkennung verschafft, wenn nicht grundsätzlich — Schweizer

sind nicht so auf Grundsätze versessen wie die Deutschen —, so doch in der Praxis des täglichen Lebens. Ein Mann wie der verstorbene Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes Arthur Steiner bekannte sich zum kapitalistischen System, dessen Vorzug vor dem Dirigismus aller Schattierungen einerseits durch die blühende Wirtschaft der Nachkriegsjahre und die gesunde Sozialstruktur des Landes bewiesen werde und das andererseits die politische Freiheit im Innern und nach außen untermauere.

Die hochindustrialisierte Schweiz ist exportorientiert. Rund ein Drittel ihrer Industrieproduktion geht ins Ausland, für bestimmte Industriegruppen wie die Uhrenindustrie oder einzelne Firmen der chemischen und der Maschinenindustrie überschreitet der Exportanteil 75 % der Produktion. Dank des langjährigen Arbeitsfriedens sind die Belegschaften solchen Überlegungen zugänglich und staatlichen Eingriffen abhold.

Einheitliche Grundsätze der Außenpolitik

Zudem wird die innerpolitische Ruhe nicht durch außenpolitische Gegensätze gestört. Vielleicht ist die Schweiz das einzige Land in Europa, wo die Außenpolitik einmütig von der ganzen Bevölkerung getragen wird. Sie ist von zwei Maximen bestimmt: der Neutralität und der Solidarität. Solidarität hat sich im Zeitalter des kalten Krieges immer bewußter auf die freie Welt beschränkt. Politische Neutralität bedeutet nicht Gesinnungsneutralität. Neutralität hat bewaffnete Neutralität zu sein. Hier sind wohl Nuancen der Bereitschaft zu militärischen Ausgaben spürbar. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ist aber der Rüstungsstand beachtlich. Sogar der Streit um die eigene Atombewaffnung, der auch in der Schweiz zu entfachen drohte, wurde von den Gewerkschaften und von der Regierung rechtzeitig gedämpft.

Die Schweizer Regierung hat die Zustimmung weitester Kreise im Lande, wenn sie die eigene autonome Neutralität gegen die völkerrechtlich auferlegte Neutralität Österreichs oder gegen den Neutralismus sorgfältig abgrenzt. Dafür sorgt schon die schroffe Ablehnung kommunistischer Einflüsterungen, die als ein besonders

deutliches Kennzeichen der gegenwärtigen Einstellung der Schweizer gelten kann.

Stellung zur europäischen Integration

Auf diesem festen Boden steht die Politik, die die Schweiz jetzt in den Fragen der europäischen Integration führt. Trotz aller Vorbehalte gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nimmt der realpolitische Schweizer sie heute als feste Größe hin. Mehr und mehr erwärmt er sich für die Freihandelszone als einen Schutzwall gegen drohende Diskriminierung. Hier stehen Regierung und Wirtschaft in enger Gemeinschaft. „Bei uns wird versucht, die schwierige Aufgabe (gemeint ist der Ausgleich der Gegensätze bei der Schaffung einer Freihandelszone) in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den Regierungsinstanzen und den Organisationen der Wirtschaft zu lösen“, heißt es in der Präsidialansprache Koehlings in der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Handels- und Industrievereins (Schweizer Industrieverband).

Der Versuch, innerhalb der europäischen Industrieverbände zu einer Verständigung zu gelangen, um den Regierungen den Weg zu ebnet, hat sich nach Ansicht der Schweizer als aussichtslos erwiesen, weil die Verbände der Staa-

ten des Europäischen Marktes weitgehend das protektionistische Ideengut Frankreichs in ihre gemeinsame Stellungnahme zur Errichtung einer Freihandelszone aufnehmen. „Auch Deutschland macht hier keine Ausnahme, das wirtschaftlich zwar etwas liberalere Grundsätze vertritt, bisher aber wohl aus politischen Gründen auf ihre Durchsetzung verzichtet hat“, so heißt es im Jahresbericht der Schweizerischen Gesellschaft für chemische Industrie.

Der Kampf gegen die Zolldiskriminierung

Als Waffe gegen die drohende Diskriminierung hat die Schweizer Delegation ihr starkes Handelsdefizit gegenüber den Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in den jüngsten Zolltarifverhandlungen im Rahmen des GATT eingesetzt, mit welchem Erfolg, wird die Zukunft erweisen. Die Anerkennung des neuen Zolltarifs soll nicht zuletzt auch der Schweiz zum Eintritt als Vollmitglied in das GATT verhelfen, eine Arena, wo gegen die Diskriminierung durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft weitergekämpft werden kann. Sodann hat die Schweiz nur unter Vorbehalt der Verlängerung der Europäischen Zahlungsunion um ein Jahr zugestimmt. Sie will diese Frage mit der Frage der Einführung der Frei-

Mobiloil Special

Mobiloil



das Öl mit der Sicherheits-Reserve

handelszone koppeln. Auch hier wären Vorteile und Nachteile sorgfältig gegeneinander abzuwägen.

Es steht für die Schweiz viel auf dem Spiel. Sie bejaht die europäische Integration, wehrt sich aber dagegen, in eine zu starke wirtschaftliche Abhängigkeit von der politisch inspirierten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu geraten. Denn das könnte ihre Wirtschaftsfreiheit und damit auch ihre Neutralität in Frage stellen.

Vordringlich bleibt die Sorge vor einer gegenläufigen protektionistischen Bewegung gegen die bisherige Handelsausweitung unter dem Vorzeichen der Liberalisierung, sei es in der Welt, sei es im Raum der OEEC. Import- und Exportverlagerungen könnten sich für die Schweiz erforderlich machen, oder eine weitere Verlagerung von Produktionen in die zollgeschützten Staaten des Europäischen Marktes, sei es in eigene

Filialunternehmen oder durch Lizenzvergebung, könnte sich aufdrängen. Eine günstige Beeinflussung des Außenhandels ließe sich auch durch Kapitalexport erreichen, wofür den Schweizer Banken die Mittel und die Erfahrungen zur Verfügung stehen.

Die Ungewißheit über die nächste Zukunft steht in einem unheimlichen Kontrast zur immer noch blühenden gegenwärtigen Wirtschaftslage. „Solange diese Unsicherheitsfaktoren vorhanden sind, wäre es nicht zu verantworten, leichthin neue weittragende Verpflichtungen auf dem Gebiet der Investitionspolitik im In- und Ausland sowie in bezug auf Belastungen der Produktion und des Vertriebes zu übernehmen, die die Kosten erhöhen und unsere internationale Konkurrenzfähigkeit schwächen würden“, erklärte Koechlin in der erwähnten Präsidentsprache. (H. F.)

OSTERREICH: Ein „kleines Wirtschaftswunder“

Wien, den 11. 10. 1958

Österreich zeigt eine staunenswerte Stabilität, und das Ausland hat offenbar wieder Vertrauen zu Österreich gefaßt und zweifelt nicht daran, daß es trotz Neutralität ein festes Glied der westlichen, freien Welt ist. Dafür spricht auch die feste, ja mutvolle Haltung der österreichischen Regierung in der Zeit der Ungarnkrise, als sowjetische Panzer 50 km von der Bundeshauptstadt entfernt operierten.

Innenpolitische Stabilität unter der Koalition

Auch Österreichs Innenpolitik erfreut sich eines gemäßigten Klimas. Sind doch die halbe Million Arbeitslosen verschwunden, die in der ersten Republik für Radikalismus sorgten und keinen Glauben an ein selbständiges Österreich aufkommen ließen. Unter dem milden Zepher der schwarz-roten Koalition schleifen sich die Gegensätze ab, freilich nur durch widerspruchsvolle Kompromisse. Arbeitgeber und Arbeitnehmer fanden sich am Verhandlungstisch und schufen in der „Paritätischen Lohn-

und Preiskommission“ ein Instrument, das die Stabilität trotz programmatischer Marktwirtschaft und freiem Kräftespiel erhalten will. Ernste Probleme und echte Konflikte lassen sich aber damit nicht lösen. Treten sie auf, so werden sie auf die lange Bank geschoben oder durch eine Vogel-Strauß-Politik ignoriert. So machte man es jetzt, als der Bergbau mit der 45-Stundenwoche gerade zur Zeit sinkender Kohlenpreise Ernst machte, worauf die amtliche Kohlenpreisregelung einfach sistiert wurde. Das Ergebnis? Die Kohlenpreise steigen um 5—10 %.

Gewiß kein erschütterndes Ereignis, aber symptomatisch für das nach wie vor in Österreich gepflegte Fortwursteln, das durch das Fehlen einer echten Opposition begünstigt wird. Und solcher Probleme gibt es nur zu viele. Sie entstehen vor allem durch marktwidrige Preise, die vielfach nur durch Subventionen gehalten werden können. So fahren die Bundesbahnen mit nicht unter 3 Mrd. Schilling Defizit, die Eisenpreise

sind zu niedrig angesetzt, so daß die Erzeuger bei sinkendem Exporterlös in die Klemme kommen, die österreichische Energiewirtschaft, die einen glänzenden Aufschwung nahm, muß sich in der ganzen Welt um Kredite umsehen, weil der Strompreis niedrig gehalten werden soll, und die Alt-Häuser verfallen, weil grundsätzlich noch die Mietpreise aus Kaiser Franz Joseph's Zeiten gelten, die keine 3 % der Lebenshaltungskosten ausmachen. Glückliches Österreich!

Angespannte Finanzwirtschaft

Steigender Konsum und höheres Volkseinkommen haben in den letzten Jahren aber auch eine wachsende Aufblähung des Budgets ermöglicht. Man erkennt aber jetzt, daß das Volkseinkommen in den nächsten Jahren nur noch langsam wachsen wird. Daher muß der Finanzminister zusätzliche Ausgaben ablehnen. Der Staat hat versucht, eine antizyklische Investitionspolitik zu betreiben, ohne deren Grundsätze voll zu verwirklichen. Mit dem Bau der Autobahnen wurde noch in der Konjunkturzeit begonnen, der Diskontsatz (5 %) aber wurde bisher nicht gesenkt, obwohl Holz und Eisen, Österreichs Standardexportgüter, Preiseinbußen erleiden und selbst der Ostexport trotz Absicherung durch langfristige Handelsverträge rückläufig ist. Es fehlen vor allem budgetäre Rückschläge, mit denen man während der Recession operieren könnte.

In einem Land mit hoher Exportquote, die jener der Bundesrepublik kaum nachsteht, müssen sich Exportrückschläge wellenartig ausbreiten. Sie konnten bisher noch durch den hohen Inlandskonsum, hohe Investitionen und den starken Fremdenverkehr — er ist nicht zuletzt eine Folge der Stabilität der westdeutschen Wirtschaft — abgefangen werden. Läßt der Wiederaufschwung der Weltwirtschaft auf sich warten, dann könnte Österreich in eine recht schlimme Lage kommen, weil staatliche, durch „deficit spending“ finanzierte Investitionen nur kurze Zeit durchgehalten werden können. Aber

auch die Alternative, nämlich ein Rüstungsboom nach Art von Korea, würde den außerhalb der NATO stehenden und weniger an der Rüstung verdienenden Neutralen mehr Nachteile als Vorteile bringen.

Die Rolle der Integration

Gleichgültig aber, wie die Entwicklung läuft, Österreich kann auf die Dauer nicht um die Adaptierung seiner verzerrten Preise, die Aufgabe der Subventionen und um die Förderung echter Kapitalbildung herumkommen, wenn es der Konkurrenz der westlichen Marktwirtschaft begegnen will. Es wird aber wenig Länder außerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geben, die so nach einer Erweiterung der europäischen Integration drängen wie Österreich, da sein Handel zu über 50 % mit dem des Gemeinsamen Marktes, zu zwei Dritteln aber mit dem Freihandelszonenbereich abgewickelt wird. Wird Österreich zu diesem Markt der Zutritt nur unter verschlechterten Bedingungen gewährt, ist sein Export ungewein gefährdet. Da aber ein Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für einen neutralen Staat bedenklich, wenn auch nicht ausgeschlossen ist, so hat Österreich bereits verschiedene konstruktive Lösungen vorgeschlagen, um den Gedanken der Freihandelszone trotz aller Schwierigkeiten zu verwirklichen, und ist besonders um die Aufnahme der Montanerzeugnisse in den Freihandelszonenvertrag besorgt.

Der notwendige Weg ins integrierte Europa ist für Österreich, dessen Europabewußtsein infolge der gefährdeten Lage von keinem anderen Staat übertroffen wird, nicht leicht. Alles, was andere Staaten für eine Sonderbehandlung anführen, gilt auch für Österreich: die Randlage, die geringe

Kapitalausstattung, die veralteten Betriebe. Aber es lockt der Großmarkt, der hohe Produktionsserien ermöglicht, aber auch dem Klein- und Mittelbetrieb gute Chancen gibt. Österreichs handwerkliches Können und sein Geschmack, genügende Arbeitskräfte und nicht zuletzt die großen deutschen In-

vestitionen aus der Kriegszeit, die für einen größeren Wirtschaftsraum gedacht waren, verbürgen einen guten Platz im integrierten Europa. Allein kann Österreich aber seine Aufgaben nicht lösen und daher rechnet es auf verständnisvolle Zusammenarbeit mit seinen größeren Partnern. (ly)

NORDEUROPA: Integration belastet die Konjunktur

Stockholm, den 8. 10. 1958

Die Konjunktur der Volkswirtschaften Dänemarks, Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens wird seit länger als einem Jahr durch die internationale Recession geprägt. Sie trägt die Tendenz einer weiteren Verschärfung in den kommenden Herbst- und Wintermonaten in sich.

Sorgen im Export

Finnland bildet insofern eine gewisse Ausnahme, als hier sich bereits vor dem Einsetzen der allgemeinen Konjunkturverschlechterung etwa um die Mitte des vorigen Jahres, vornehmlich politisch bedingt, ein Explosionsstoff mit binnenwirtschaftlichen Auswirkungen angehäuft hatte, dem durch die Devaluation am 15. September 1958 wenigstens einiges von seiner Brisanz genommen wurde. Die größte konjunkturelle Sorge ist, daß der Export Islands, Norwegens und Schwedens sich in den ersten zwei Dritteln dieses Jahres gegenüber der entsprechenden Vorjahrsperiode erheblich verringert hat. Finnland vermochte seine Ausfuhr bisher auf relativ hohem Stand zu behaupten, doch ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß das im letzten Jahresdrittel 1958 gleichfalls anders werden wird. Nur Dänemark hat in diesem Jahr seine Ausfuhr ansehnlich erhöht. Parallel hierzu haben sich die Zahlungsbilanzen in

den Nordländern entwickelt. Die Zahlungsbilanzen Islands, Norwegens und Schwedens tendieren zur Passivität, diejenigen Dänemarks und Finnlands werden im Jahre 1958 sicher aktiv abschließen. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß die Nettoerlöse der Handelsflotten aller Nordländer im Vergleich zum vorigen Jahr einen rückläufigen Trend aufweisen und daß die endgültige Gestaltung der Zahlungsbilanzen je nach der höheren oder geringeren Bedeutung der Schifffahrtseinnahmen für das einzelne Land hierdurch beeinflusst wird.

In binnenwirtschaftlicher Beziehung macht sich die Recession bisher am stärksten in denjenigen Zweigen der Industrie bemerkbar, die direkt oder indirekt vom Export abhängig sind. Das gilt in erster Linie für die Forstwirtschaften Finnlands, Norwegens und Schwedens, ferner für die Sägewerksindustrie, in zunehmendem Maße dann aber auch für Zellulose, Papier, Wallboard und andere Holzveredelungsprodukte. Der Holzgruppe gesellt sich mehr und mehr der Bergbau zu und im Gefolge davon die Stahl-, Eisen- und Metallindustrie. Die dritte bedeutendere Gruppe mit stark verschlechterten Konjunkturbedingungen umfaßt die sogenannten Leichtindustrien, zur Hauptsache also Textilwaren, Bekleidung, Schuhzeug, Gummiwaren und ähnliche.



Das
meist-
getrunkene
deutsche
Bier

Auflockerung der restriktiven Wirtschaftspolitik

Diese Einbrüche in die nordeuropäische Konjunktur haben — zum ersten Male seit Jahren — schon im vorigen Winter die Fragen der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit stark in den Vordergrund gerückt, und es ist gar kein Zweifel, daß sie das im kommenden Winter noch sehr viel mehr tun werden.

Allein aus diesem Sachverhalt läßt sich die grundsätzliche Linie der Wirtschaftspolitik Nordeuropas ableiten. Während in den Zeiten der Hochkonjunktur oder sogar der zeitweiligen Überhitzung des wirtschaftlichen Geschehens eine ausgesprochen restriktive Wirtschaftspolitik mit hoher Besteuerung der Wirtschaft, knapper und relativ teurer Kapitalversorgung, Erhebung von Investitionsabgaben, Umsatzsteuern (Finnland), verbrauchsbegrenzenden Maßnahmen (Dänemark) geführt worden war, ist seit den Frühjahrsmonaten 1958 eine gewisse, zunächst allerdings recht vorsichtige Auflockerung zu beobachten. Mit Ausnahme von Norwegen sind in allen übrigen Nordländern in den letzten Monaten die Diskontsätze teilweise sogar mehrfach herabgesetzt worden. Gleichzeitig hat sich die „öffentliche Hand“ in den eigenen Bereichen eine gewisse Zurückhaltung auferlegt, während sie andererseits im Begriff steht, die in den Volkswirtschaften der Nordländer in früheren Jahren angesammelten Fonds in die privaten Bereiche abfließen zu lassen. Dieser Prozeß steht allerdings vorläufig noch in seinen Anfängen.

Darüber hinaus aber sind die Finanzminister aller Nordländer eifrig auf der Suche nach Mitteln für die Bekämpfung der großen Arbeitslosigkeit, die im Winter 1958/59 durchweg erwartet wird. Daß die Arbeitslosigkeit aber im nächsten Winter ein Problem werden wird, darüber sind sich die Regierungen aller Nordländer bereits vollständig im klaren.

Eigene Wege in der Handelspolitik

Das Problem der europäischen Integration hat in den Nordländern wieder die Frage nach der Errichtung einer nordeuropäischen Zoll-

union akut werden lassen. In den Konjunkturablauf wird dadurch eine beträchtliche Unsicherheit hineingetragen, weil die Verhandlungen darüber bislang auch nicht einen Schritt weitergekommen sind. Das Projekt der nordeuropäischen Zollunion ist auf dem Papier fix und fertig, ob sie jemals aber auch verwirklicht werden wird, steht völlig dahin. Die europäische Freihandelszone sollte aus der Sicht der Nordländer lieber heute als morgen realisiert werden.

In unmittelbarem Zusammenhang mit diesen Fragen steht das Verhältnis der Nordländer zum Osthandel. Für alle Länder handelt es sich hier um eine Steigerung der Außenhandelsumsätze. Bisher

ist nur der Vertrag zwischen Dänemark und der Sowjetunion zum Abschluß gekommen. In Verhandlungen zwischen Finnland, Norwegen und Schweden mit der Sowjetunion, die in den nächsten Wochen bevorstehen, wird jedes der nordischen Länder versuchen, zu möglichst günstigen Ergebnissen zu kommen.

Da die verschiedenen Fühler, die die Nordländer nach einer gesamteuropäischen Koordination der Konjunkturpolitik ausgestreckt haben, bisher ohne Erfolg geblieben sind, darf man mit Sicherheit annehmen, daß sie in wirtschafts- und handelspolitischer Beziehung bis auf weiteres gleichfalls ihre eigenen Wege gehen werden. (dt)

POLEN: Außenhandel als Grundlage der Entwicklung

Warschau, den 7. 10. 1958

Die Wirtschaft Polens unterliegt augenblicklich einem sehr weitgehenden Strukturwandel. Es handelt sich hier um die Umstellung eines Landes mit überwiegend agrarischen Produktionsakzent in ein Industrie-Agrarland, ja sogar in ein „reines“ Industrieland, dessen produktionstechnische Merkmale ein westeuropäisches Gepräge tragen. Schon die augenblickliche Produktion der Schwerindustrie in Polen ist höher als die Italiens und nähert sich der Frankreichs. Selbstverständlich ist eine solche Umstellung nicht leicht.

Lebensnotwendige Industrie

Die Vorbedingungen zu dieser lebensnotwendigen Industrialisierung waren recht ungünstig. Wenn wir von den ungeheuren Verwüstungen absehen, die der letzte Krieg Polen brachte, so muß man unbedingt beachten, daß das Land nicht nur durch die wirtschaftspolitische Geschichte der letzten Jahrhunderte sehr schlecht behandelt worden ist. Als zum Beispiel nach dem ersten Weltkrieg der polnische Staat wieder entstand, sahen sich die polnischen Wirtschaftspolitiker vor der paradoxen Lage, sich mit einem Wirtschaftsgebiet zu befassen, das jahrhundertlang das östliche bzw. westliche und nördliche Randgebiet der drei Teiler-

staaten Preußen, Österreich und Rußland gebildet hatten. Es dauerte eine geraume Zeit, um hier eine wirtschaftlich sinnvolle Gesamtheit zu schaffen.

Aber schon zu jener Zeit machte sich das Fehlen von einheimischem Kapital sehr spürbar. Die Konsequenz dieser Tatsache war, daß alle Schlüsselpositionen der Wirtschaft in Polen durch das ausländische Kapital kontrolliert wurden, was sich sehr negativ auf die weitere Entwicklung des Landes auswirkte. Polen war zu jener Zeit in der Tat wirtschaftlich gesehen praktisch eine „Kolonie“ westlicher Wirtschaftsinteressen. Dies kam direkt dadurch zum Ausdruck, daß man zum Beispiel Produktionszweige, die der Kontrolle ausländischen Kapitals unterlagen, lahmlegte, um auf diese Weise den Absatz für die eigenen Produkte sicherzustellen.

Die im Gefolge des zweiten Weltkrieges vorgenommene grundlegende Umstellung politischer und wirtschaftlicher Natur hatte vor allem die Aufgabe, eine gesunde wirtschaftliche Neuordnung auf sozialistischer Basis zu schaffen. Man ging dabei von der Annahme aus, daß die Schwerindustrie den Grundpfeiler jeder Industrie bildet und somit bevorzugt und in schnellerem Tempo ausgebaut werden muß.

Unter Berücksichtigung des oben skizzierten wirtschaftlichen Hintergrundes bedeutete dies die maximale Ausnutzung aller zur Verfügung stehenden Reserven.

Diese Tendenzen wurden jedoch durch das ab 1949 einsetzende Embargo seitens westlicher Staaten einer starken Belastungsprobe unterworfen. Man war gezwungen, eine Reihe Industriezweige, die vielleicht sinngemäß erst später neu- bzw. weiterentwickelt worden wären, sofort auszubauen, was selbstverständlich zu einer wirtschaftlich allgemein gespannten Lage in Polen führen mußte.

In dieser Zeit (1950—1955) erhielt Polen Investitionskredite und Kredite für den Ankauf von Rohstoffen vor allem von der UdSSR, aber auch — in weit geringerem Maße — von einigen westlichen Ländern. Der Import während des Sechsjahresplanes 1949 bis 1955 wurde demnach hauptsächlich auf Grund dieser Kredite sichergestellt, die aber in den folgenden Jahren mit ihrer beginnenden Tilgung eine Belastung der Zahlungsbilanz Polens verursachten.

Außenhandel soll die Zahlungssituation verbessern!

Die in den vergangenen drei Jahren vollzogene Entwicklung hat nun die ersten vielversprechenden Ansätze zur Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage Polens geschaffen. Die günstige Entwicklung des Außenhandels — vor allem des Exports — bildet hier das Hauptkriterium. Das Zentralproblem des polnischen Außenhandels ist gegenwärtig — sowie auch in den nächsten Jahren — die Verbesserung der Zahlungssituation (die Schaffung eines Devisenfonds) sowie gleichzeitig die Besserung der Lage der Rohstoffreserven.

Die augenblicklichen Pläne sehen eine Erhöhung des Außenhandelsvolumens bis zum Jahre 1960 um etwa 25 % gegenüber 1955 vor, wobei der Export stärker anwachsen soll (27 %) als der Import (23 %). Hierbei findet ebenfalls eine bedeutende Verschiebung der Warenstruktur des Außenhandels statt. Die Einfuhr von Investitionsgütern soll 1960 im Vergleich zu 1955 um 30 % fallen, hingegen die

Einfuhr von Rohstoffen in demselben Zeitraum um 50 % ansteigen. Eine besondere Beachtung fordert die geplante Ausfuhr von Maschinen und Industrieeinrichtungen, die in dem Vergleichszeitraum sogar um 100 % ansteigen soll.

Die Durchführung dieser Aufgaben ist nicht leicht, wenn berücksichtigt wird, daß einige Investitionspositionen eine Erhöhung erfahren, obwohl die entsprechende Nachfrage auf dem Weltmarkt sehr günstig ist. So wird zum Beispiel der größte Teil der in den polnischen Werften gebauten Ozeanfrachter die eigene Handelsflotte vergrößern. Die Einschränkung des Exports von Seeschiffen ist unbedingt notwendig, da die Kapazität der polnischen Handelsflotte im Verhältnis zum eigenen Überseehandel zu schwach ist. Nur etwa 25 % der polnischen Waren können augenblicklich mit eigenen Schiffen befördert werden. Die Seefrachtausgaben Polens an fremde Flaggen erhöhten sich dementsprechend von ca. 7 Mill. Dollar im Jahre 1952 auf etwa 30 Mill. Dollar im Jahre 1956/57.

Die Erhöhung des Maschinenexports, der bisher als wichtigster Faktor im Export von Schiffen bestand, wird sich nun auf ein schwierigeres Gebiet des Außenhandels konzentrieren, und zwar auf den Export von vollständigen Industrieobjekten (von der Zuckerfabrik bis zur Maschinenfabrik). Der Export in dieser Form soll um das 18fache ansteigen; Maschinen verschiedener Art um das 12-fache; Motorausrüstungen um das 3-fache; Drehbänke und ähnliches um das 2-fache; hingegen Eisenbahnmaterial nur um 25 %. Neben der Ausfuhr der Maschinenindustrie soll der Export der Hüttenindustrie 1960 um 300 % ansteigen.

Wie bereits erwähnt, lasten auf den augenblicklichen Projekten (1957—1960) die gespannte Zahlungslage Polens sowie die unzulänglichen Devisenreserven. Nichtsdestoweniger wurde eine Erhöhung der Einfuhr von Verbrauchsgütern um beinahe 45 % (das sind 90 Mill. \$) jährlich geplant. Dieses Vorhaben soll der Erhöhung des Lebensstandards dienen.

Schwerpunkt: Kohlenförderung

Der augenblickliche Außenhandelsplan Polens wurde auf eine für die polnische Wirtschaft günstige Konjunkturlage ausgerichtet (hohe Preise für Kohle und Koks, Chemikalien und Walzprodukte sowie relativ günstige Importpreise für Textilrohstoffe, landwirtschaftliche und koloniale Artikel). Eine in diesem Sinne für Polen ungünstige Wendung der Weltkonjunktur müßte zwangsläufig zu einer Revision der augenblicklich bestehenden Pläne führen.

Der wichtigste Pfeiler der Zahlungsbilanz Polens ist jedoch die Kohlenförderung. Polens Position auf dem Weltmarkt in dieser Hinsicht muß unbedingt gefestigt werden. Das bedeutet nichts anderes als die Befürwortung aller kohlesparenden Investitionen (wie z. B. Wasserkraftwerke u. a.). Es bedeutet ebenfalls die Notwendigkeit eines weiteren rationellen Ausbaus und einer Modernisierung des polnischen Kohlenbergbaus unter eventueller Teilnahme der UdSSR, der Tschechoslowakei und der DDR sowie — unter annehmbaren Bedingungen — mit Krediten westlicher Länder, die an Polens Kohleexport interessiert sind.

Auch in dieser Hinsicht macht sich die sich seit zwei Jahren wieder anbahnende Zusammenarbeit mit nichtsozialistischen Ländern auf wirtschaftlichem Gebiet bemerkbar. England untersucht z. B. die Möglichkeit der Elektrifizierung der etwa 600 km langen Eisenbahnstrecke von Oberschlesien zu den Häfen an der Ostsee. Die Verwirklichung dieses Projekts würde die enormen Transportkosten der Kohle erheblich vermindern und sie konkurrenzfähiger machen.

Folgen des Embargos

Polen mußte sich in seinen Bemühungen um den Außenhandel durch das jahrelange Embargo des Westens gezwungenermaßen neue Tätigkeitsfelder suchen, es fand diese — neben den sozialistischen Nachbarländern — vor allem im Fernen Osten (China). Im Jahre 1956 machte der Außenhandel Polens mit den sozialistischen Ländern 60,4 % (1955: 63,9 %) des Gesamtwertes aus. Jedoch steigt

der Anteil nichtsozialistischer Länder im Außenhandel Polens von Jahr zu Jahr. 1956 lag er bereits um 11,3% höher als im Vorjahr.

Diese Tendenz ist sehr zu begrüßen, bedeutet sie doch nichts anderes als einen Versuch zur Beseitigung der im vergangenen Jahrzehnt stattgefundenen Teilung des Weltmarktes in zwei Wirtschaftsblöcke. Aber nicht nur wirtschaftliche Aspekte muß man hier berücksichtigen: rege Handelsbeziehungen haben immer zur Verminderung politischer Spannungen geführt, und diese Nebenerscheinung, die praktisch eine größere Bedeutung besitzt als der Anlaß, der sie hervorrief, sollte wohl für alle sehr wünschenswert sein.

Die Gründung des sogenannten Europäischen Marktes ist ein neuer Faktor in der Wirtschaftspolitik Westeuropas. Hier vollzieht sich eine nicht unbeträchtliche Gleichgewichtsstörung der augenblicklichen Marktsituation, deren Folgen und Tendenzen noch nicht abzusehen sind. Die gleichmäßige Förderung des gesamten Welthandels sollte immer das Hauptziel aller Bemühungen bilden. Man hofft in Polen, daß dieses Ziel trotz aller Schwierigkeiten konsequent angestrebt wird. Abgesehen von vereinzelten Rückfällen kann wohl mit Recht behauptet werden, daß sich die Tendenzen einer größtmöglichen Ausbreitung des Welthandels verstärken. (P. M.)

Das Gefühl der sozialen Diskriminierung

Auch von einem Gegner des kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Systems könnte heute nicht bestritten werden, daß die soziale Entwicklung im letzten halben Jahrhundert zu einer Anhebung des Lebensstandards gerade auch der werktätigen Schichten in den Industriestaaten geführt hat, die schlechthin unvorstellbar gewesen ist. Mag man nun dieses Ergebnis dem zähen Kampf der klassenbewußten Arbeiter zuschreiben oder mag es eine unabdingbare Folge der dem Kapitalismus immanenten Expansion sein, so muß man feststellen, daß trotz aller Nivellierung der Lebenshaltung sich in weiten Kreisen das Gefühl erhalten hat, einer bevorzugten oder benachteiligten Klasse anzugehören.

Dieses Gefühl der sozialen Diskriminierung ist zweifellos in den USA weniger ausgeprägt als in den europäischen Industriestaaten. Es ist nicht zu vermuten, daß selbst bei einer weiteren Steigerung des Lebensstandards, die mit einer Steigerung der Produktivität durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt, dieses Gefühl der sozialen Diskriminierung schwindet. Es liegt nahe, anzunehmen, daß für die Einordnung in die soziale Hierarchie nicht der Lebensstandard als solcher entscheidend sein kann. Damit stellt sich die Frage, ob nicht vielleicht die Fundierung des Einkommens, d. h. der Besitz oder Mitbesitz an Produktionsmitteln, für die soziale Einordnung ausschlaggebender ist.

Die Experimente der sozialen Partnerschaft, d. h. der Mitbeteiligung des Arbeitnehmers an den Betriebsmitteln, stehen noch im Anfang. Aber die bisherige Entwicklung läßt nicht darauf schließen, daß irgendeine denkbare Form der Mitbeteiligung die Selbsteinschätzung des Arbeitnehmers grundlegend und nachhaltig ändern wird. Die Nachteile dieses Systems, das die Freizügigkeit in entscheidendem Maße mindert, sind schon hinreichend bekannt, wenn auch der gute Wille der Initiatoren nicht in Zweifel gezogen werden soll. Der Widerstand der Gewerkschaften gegen dieses System entspringt im Grunde genommen der Sorge, daß hiermit ein unechtes Gemeineigentum geschaffen wird, das sich einer Vergesellschaftung entziehen will. Andererseits sind die Grenzen einer Sozialisierung auch von den Gewerkschaften erkannt worden, und es dürfte selbst einem orthodoxen Marxisten heute schwer fallen, von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu erwarten, daß sich das Selbstgefühl der Arbeitnehmer erhöhe.

Das Selbstgefühl, das die soziale Diskriminierung durchbrechen kann, liegt aber nicht im wirtschaftlichen Bereich begründet. Vielleicht hat gerade der Klassenkampf selbst die größte Schuld daran, daß die soziale Hierarchie sich so stark im Individuum eingepreßt hat. Dieses selbstverständliche Gefühl, daß ein Mensch ein Mensch bleibt, daß kein Mensch einen anderen ausbeuten kann, ist hierbei erstickt worden. Es läge im Interesse der sozialen Struktur, dieses Gefühl wieder zu beleben. (sk)

Wirtschaftsberichterstattung

Dr. John Brech, Köln

Über den Wandel der wirtschaftlichen Berichterstattung

Das Bedürfnis nach Wissen und Erkenntnis gehört zu den ureigensten Trieben im Kulturstreben der Menschen. Eng damit verwandt ist die Neigung, fremde Verhaltensweisen zu erfassen und mit eigener Substanz zu durchdringen. Jedes Wissen bedeutet Aneignung des bisher Unbekannten. Das Bedürfnis nach wirtschaftlicher Information stieg dementsprechend mit dem Anwachsen wirtschaftlicher Beziehungen über die Grenzen des Überschaubaren hinaus. Es ist kein Zufall, daß die ersten gewerbsmäßigen Nachrichtendienste im Zeitalter der Entdeckungen auftauchten und daß die Augsburger Fuggerzeitungen im 16. Jahrhundert bereits Handelsnachrichten aus allen Teilen der Welt, wo das Haus kommerzielle Niederlassungen besaß, veröffentlichten. Später, im 19. Jahrhundert mit der zunehmenden Industrialisierung und der gegenseitigen Verflechtung der Erd-

teile, wuchs die Berichterstattung über wirtschaftliche Tatbestände besonders dort, wo diese Verflechtung sich in großen, der ganzen Welt verbundenen Unternehmungen und besonderen organisatorischen Einrichtungen manifestierte, z. B. in London, den Zentren des Großhandels und der Banken und vor allem in den Seehafenstädten. Dabei standen zunächst zwei Bereiche des wirtschaftlichen Nachrichtenwesens im Vordergrund des Interesses: Börsenkurse und Weltmarktpreise. Der Kampf um größere Publizität sowie um die Klarheit und Überschaubarkeit wirtschaftlicher Tätigkeit verstummte nicht mehr, seit Zeitungen und Zeitschriften sich der Aufgabe systematischer Orientierung über wirtschaftliche Vorgänge zu unterziehen begannen. Der Leser verlangt seither von der Presse eine sachliche und kundige, unabhängige und schnelle Berichterstattung über das gesamte wirtschaftliche